Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1930

257 (4.11.1930)

Visual Library

Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 gespaltene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gelegenheitsanzeigen und Stellengesuche 8 Pfennig. Die Reklame-Millimeterzeile 60 Pfennig ○ Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, der bei Nichteinhaltung des Zahlungsziels, bei gerichtlicher Betreibung und bei Konkurs außer Kraft tritt ○ Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Karlsruhe i. B. ○ Schluß der Anzeigen-Annahme 8 Uhr vormittags

Unsere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk Die Mußestunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 2.50 Mark ○ Ohne Zustellung 2.20 Mark ○ Durch die Post 2.66 Mark ○ Einzelverkauf 15 Pfennig ○ Erscheint 6mal wöchentlich vormittags 11 Uhr ○ Postscheckkonto 2650 Karlsruhe ○ Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe i. B., Waldstraße 28 ○ Fernruf 7020 und 7021 ○ Volksfreund-Filialen: Durlach, Hauptstraße 9; B.-Baden, Jagdhausstraße 12; Rastatt, Rosenstraße 2 Offenburg, Republikstraße 5

Nummer 257 — Karlsruhe, Dienstag, den 4. November 1930 — 50. Jahrgang

Arbeitszeit und Lohn

Eine Kampfsitzung deutscher Unternehmer / Sie wollen weiteren Lohndruck Arbeitszeitverkürzung wird abgelehnt / Vor schweren sozialen Kämpfen

Berlin, 3. Nov. Die **Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände** hielt heute eine Sitzung ab, in der die Frage der **Bekämpfung der Arbeitslosigkeit** durch

Arbeitszeitverkürzung

eingehend behandelt wurde. Man kam zu dem Schluß, daß die schematische und generelle Verkürzung der Arbeitszeit, wie sie jetzt vielfach gefordert werde, kein geeignetes Mittel zur Verringerung der Arbeitslosigkeit sei, daß sie vielmehr im Gegenteil durch die mit ihr verbundene Steigerung der Produktionskosten und die in ihr enthaltene Einengung der Bewegungsfreiheit der Betriebe die Arbeitslosigkeit vergrößern könnte.

Es wurde in der Sitzung zum Ausdruck gebracht, daß alle Ueberlegungen in dieser Frage davon ausgehen müßten, daß ohne eine einseitige Senkung der Gestehungskosten, wie sie auch im Sanierungsprogramm der Reichsregierung als unerläßlich bezeichnet sei, eine Wiederholung unserer Wirtschaft und damit eine durchgreifende Besserung der Arbeitslosigkeit nicht erreicht werden könne.

Soweit die Selbstkostengestaltung der Wirtschaft durch den Lohn beeinflußt werde, sei eine Herabsetzung der Selbstkosten nur entweder durch Senkung der Löhne oder durch Verlängerung der Arbeitszeit mit gleichbleibendem Schicht- oder Wochenlohn möglich.

Eine derartige Arbeitszeitverlängerung habe neben ihrer produktionspolitischen Wirkung (Senkung der Selbstkosten und damit Verbilligung der Produktion) (besonders wichtig für den Bergbau) sozial zugleich die Bedeutung, daß dem Arbeitnehmer auf diese Weise sein bisheriges Einkommen erhalten bleibe. Ihre Durchführung sei aber selbstverständlich abhängig von der Möglichkeit eines entsprechend vermehrten Absatzes, so daß ihm zur Zeit erkennbare Grenzen gesetzt seien. Die geforderte Arbeitszeitverkürzung sei daher zunächst unter dem Gesichtspunkt ihrer Einwirkung auf die Gestaltung der Selbstkosten zu prüfen. Sie könne erfolgen 1. mit Lohnausgleich, 2. ohne Lohnausgleich. **Eine Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich sei in ihren wirtschaftlichen Wirkungen einer Lohnerhöhung und damit einer Erhöhung der Selbstkosten gleichzusetzen. Dieser Weg scheide also ohne weiteres aus.**

Durch **Verkürzung der Arbeitszeit ohne** Lohnausgleich werde zwar das Lohneinkommen des einzelnen Arbeiters je nach dem Maß der Verkürzung gesenkt, die Gesamtlohnsumme des Betriebes bleibe aber zum mindesten gleich, wenn sie sich nicht sogar auch in diesem Falle erhöht. Der gleichen Gesamtproduktion stehe also mindestens der gleiche Gesamtlohnaufwand und damit die gleiche Belastung der Produktionseinheit durch den Lohn gegenüber, so daß auch diese Forderung an dem Grundproblem vorbeigehe, dessen Lösung allein auf die Dauer die Arbeitslosigkeit vermindern könne, nämlich der Senkung der Selbstkosten.

Wohl aber würde eine Verkürzung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich eine erheblich ins Gewicht fallende Senkung des Einkommens des einzelnen Arbeiters zur Folge haben.

Die Neueinstellung von Arbeitskräften setze aber in der Regel vor allem voraus, daß in den einzelnen Arbeitsgruppen des Gebietes, die in ihrer Arbeitstätigkeit untereinander abhängig seien, ein entsprechendes zahlenmäßiges Verhältnis in der Arbeiterbesetzung zwischen den einzelnen Gruppen vorliege. Ganz allgemein müsse im übrigen berücksichtigt werden, daß in vielen Fällen durch derartige Maßnahmen eine Produktionskostenerhöhung auch dadurch eintrete, daß, wie die Praxis lehre, durch den häufigeren Schichtwechsel oder überhaupt durch den Arbeitswechsel die Qualität des Erzeugnisses leide bzw. der Prozentsatz des Ausschusses stark steige.

Vielfach sei in der Oeffentlichkeit die Meinung vertreten worden, daß durch generelle Arbeitszeitverkürzung zahlenmäßig eine so erhebliche Anzahl von Arbeitslosen in den Produktionsprozeß eingestellt werden könnte, daß dadurch die Erwerbslosenzahl nennenswert verringert und dadurch zugleich die Belastung der Wirtschaft durch Beiträge zur Arbeitslosenversicherung in erheblichem Umfange herabgesetzt werden könnte.

Daß diese Auffassung unrichtig sei, ergebe sich aus folgendem: Die derzeitige Gesamtzahl der Arbeitslosen betrage rund 3 Millionen. Hierfür sei ein Gesamtaufwand von rund 3 Milliarden Mark erforderlich. Die geforderte Arbeitszeitverkürzung könne sich zunächst nur auf die Verhältnisse in der Industrie und im Handwerk beziehen, da die übrigen Wirtschaftsgruppen wie Landwirtschaft, Verkehrswesen, kaufmännische Betriebe usw. infolge ihrer besonderen Verhältnisse grundsätzlich aus diesen Erörterungen ausscheiden müßten. Bei den in Industrie und Handwerk in Frage kommenden Betrieben scheiden ferner die kleinen Betriebe, mindestens die unter fünf Arbeitnehmern, völlig aus. Unter Berücksichtigung dieser Gruppen seien zur Zeit in Industrie und Handwerk noch etwa 5,5 Millionen Arbeitnehmer voll beschäftigt, da fast 25 Prozent in diesen Betrieben im Durchschnitt bereits kurz und zwar 40 Stunden und weniger arbeiten. Hieraus ergebe sich, daß selbst unter Zurückstellung aller betriebstechnischen und produktionspolitischen Gesichtspunkte, eine schematische Verkürzung der Arbeitszeit nicht annähernd zu einer solchen Verringerung der Arbeitslosigkeit und der durch sie eintretenden Belastung führen könne, wie sie vielfach in der Oeffentlichkeit von den Verfechtern des Vorschlags erhofft werde.

Regierung Tardieu im Kampfe

Paris, 3. Nov. (Eig. Draht.) Der sozialistische Parteiführer **Léon Blum** hat am Sonntag in Narbonne auf dem Kongreß der sozialistischen Jugend Frankreichs an die **Regierung Tardieu** die **schärfste Kampfansage** gerichtet. Die sozialistische Parlamentsfraktion wird **jede Gelegenheit** ergreifen, ja sie evtl. selbst provozieren, um das **Kabinett zu stürzen.** Die Regierung, die sich die ganze Reaktion in eifersüchtiger Wachsamkeit geschaffen hat, hat in Frankreich eine Atmosphäre verbreitet, die bis in die letzten Zweige des politischen Lebens reaktionär gewirkt hat. Auch auf militärischem Gebiete hat die Regierung nichts als Reaktion gestiftet. **Sie sei das Haupthindernis auf dem Wege der Abrüstung und der Versöhnung.**

Trotz dieser energischen Kriegserklärung scheint sich die **Position** des Kabinetts Tardieu für die am Dienstag (4. Nov.) beginnende große außenpolitische Debatte in der Kammer wesentlich **gebessert** zu haben. Tardieu hat sich nach langem Zögern doch mutig und entschieden hinter den Rücken Briands geflüchtet, und hat so die patriotische Opposition gegen die Außenpolitik Briands um ihren schönsten Kampfeseifer gebracht. Auch das Interview, das **Reichskanzler Brüning** dem Petit Parisien gab, hat hier beinahe wie eine Entlastungsoffensive zugunsten Briands gewirkt. Der Temps ist bisher das einzige Blatt, das davon Notiz genommen hat, aber auch er sucht sich aus den Erklärungen Brünings die ihm genehmen Punkte heraus. Er unterstreicht vor allem, daß **Brüning jede Politik der Abenteurer ablehne und dem Willen Deutschlands zur friedlichen Zusammenarbeit erneut Ausdruck gab.** Wenn auch einige seiner Forderungen nur schwer mit dem Versailler Vertrag und mit den Rechten und Interessen Frankreichs in Einklang zu bringen seien, so habe Brüning doch die Notwendigkeit verspürt, jenem Mißtrauen entgegenzuwirken, das durch die völlig geistlose Agitation der Hitler- und Hugenberganhänger im Auslande entstanden sei.

Die außenpolitische Debatte in der Kammer wird **Briand** Gelegenheit geben, sich über das **Problem der Revision der Verträge** zu äußern. Gerade am Montag sind noch zwei Interpellationen von rechtsstehenden Abgeordneten eingebracht worden, die ausführlich über die Tragweite des Revisionsartikels 19 im Völkerbundspakt Auskunft erheischen. Auch zur Sicherung der deutsch-polnischen Grenzen verlangen mehrere Interpellationen bindende Erklärungen der Regierung. Es wird Briand, der mit seiner letzten Rede in Genf gezeigt hat, daß er zur Besänftigung der französischen Patrioten auch scharfe Töne anzuschlagen versteht, nicht schwer fallen, die mitkämpfenden Rechtsopponenten zu beruhigen.

Reichspostminister zur Tarifsenkung

WTB. **Berlin, 3. Nov. Im Arbeitsausschuß des Verwaltungsrates der Deutschen Reichspost erklärte heute der Reichspostminister, daß er sich der maßgebenden wirtschaftlichen und politischen Bedeutung der Preissenkungsfrage voll bewußt sei, und daß die Deutsche Reichspost bereit sei, im Zuge und im Rahmen einer allgemeinen Preissenkung seitens der Industrie und des Handels eine entsprechende Gebührenermäßigung eintreten zu lassen. Des weiteren stellte der Reichspostminister fest, daß entgegen den in der Presse mehrfach genannten Mitteilungen eine Steuer auf den Rundfunk oder eine Heraufsetzung der Rundfunkgebühren nicht beabsichtigt sei.**

Die Lage in der Berliner Metallindustrie

Berlin, 3. Nov. Am heutigen Montag ist bei allen Firmen der Berliner Metallindustrie die **Arbeit wieder aufgenommen** worden. Eine **Ausnahme** bildet lediglich die **Fahrstuhlfirma Flohr.**

Sozialdemokratischer Wahlerfolg in Basel

Zürich, 3. Nov. (Eig. Draht). Bei den Bürgerratswahlen in Basel haben die Sozialdemokraten ihre Mandatszahl von sieben auf neun von insgesamt 40 gesteigert. Die Kommunisten haben ein Mandat verloren und bekommen zusammen noch vier Sitze.

Galafrühstück für Litwinow

WTB. **Berlin**, 3. Nov. Der **sowjetrussische Volkskommissar** des Aeußern, Litwinow, hat auf der Durchreise nach Genf zwecks Teilnahme an der Vorbereitenden Abrüstungskonferenz dem **Reichsaußenminister** einen Besuch abgestattet.

Im Anschluß hieran fand heute auf Einladung des Reichsaußenministers ein **Frühstück** statt, an dem die Mitglieder der sowjetrussischen und der deutschen Delegation sowie die zuständigen Herren des Auswärtigen Amtes und der Sowjetbotschaft teilgenommen haben.

Amerikanischer Vermittlungsversuch zwischen Italien und Frankreich

Der amerikanische Botschafter Gibson hat gestern Rom verlassen, um zur vorbereitenden Abrüstungskonferenz nach Genf zu fahren. Ob seine Mission, zwischen Italien und Frankreich zu vermitteln, wirklich von Erfolg gewesen ist, bleibt höchst zweifelhaft.

Abrüstung

Die in diesen Tagen in Genf zusammentretende „Vorbereitende Abrüstungskonferenz" stellt den zum siebenten Male unternommenen Versuch dar, zu einer endgültigen Abrüstungskonferenz des „Völkerbundes" zu kommen.

Der augenblickliche **„Rüstungsstand der Welt"** setzt sich folgendermaßen zusammen:

Die Ausgaben

Die Staaten der Erde verausgaben für Rüstungen laufend jährlich	18 547	Millionen Mark
Davon Europa allein	10 479	„ „
Außerdem zahlen sie **jährlich mindestens** an Militärpensionen	10 689	„ „

Die Steigerung der Ausgaben von 1924 bis 1930 verlief wie die von 1908 bis 1913. Jetzt ist der Vorkriegsstand wieder überschritten.

Deutschland, England, Frankreich, Italien geben z. B. allein jährlich für Rüstungen aus	5 800	Millionen Mark
Außerdem für Pensionen	4 209	„ „

Truppenstärken

Unter der Fahne	6,9	Millionen Soldaten
(Darunter die 1½ Millionen Soldaten der Bürgerkriegsarmeen Chinas von geringem militärischem Wert)		
Davon Europa allein	3,4	„ „
Europas Kolonien außerdem	0,4	„ „
Die ausgebildeten Reserven mindestens	30	„ „

Die Waffen

In Europa allein sind in Front:

9300 Kampfflugzeuge jede Sekunde startbereit. Die Bombenträger können 1000 Phosgengasbomben zu je 1 Kilogramm oder 2 Sprengbomben je 500 Kilogramm tragen, die ein ganzes Häuserviertel zertrümmern.

5000 Kampfwagen mit Geschützen, Maschinengewehren und bis zu 16 Mann Besatzung.

20 000 Geschütze bis zu den schwersten Kalibern.

175 000 Minenwerfer, leichte und schwere.

95 000 Maschinengewehre, von denen jedes 80 Schützen ersetzt. Jeder Soldat besitzt außerdem Gewehr oder Revolver.

Die Kriegsflotten

70 Linienschiffe bis zu 41 000 Tonnen. 1823 andere Kriegsschiffe jeder Art.

Der Tonnengehalt der Kriegsflotten beträgt rund 6 000 000, also annähernd soviel wie der der neuerstandenen Handelsflotte.

Wenn man die **militärpolitische Lage** des **heutigen Europa kurz** überblickt, könnte man allerdings irre werden an dem schönen Wahn, die heutigen Militärstaaten seien willens, von sich aus durch freiwillige Vereinbarungen ihre militärische Rüstung abzulegen.

Frankreich

Seine Gesamtrüstung läßt sich augenblicklich gar nicht recht präzisieren, da sich immer noch die „Abrüstungsentwürfe" in der „Heereskommission" der Kammer jagen. Die militärische Kraft des Landes ist durch „Grenzschutz", „Ausbildungskaders", „aktive" und „Reserveverbände", „Territorialarmee" usw. so ineinandergeschachtelt, daß sie sich schwer bestimmen läßt. Trotz der Herabminderung der Dienstzeit zählt die „aktive Armee" momentan immer noch 626 000 Mann. Im Kriegsfall wird das französische Feldheer mit allen ausgebildeten und technisch vorzüglich ausgerüsteten Reserven viereinhalb Millionen Mann stark sein. Die technische Ausrüstung des französischen Heeres aber ist enorm: 35 000 Maschinengewehre, 367 leichte Batterien, 408 schwere Batterien, 5800 Tanks, 2100 Kriegsflugzeuge.

Rußland

Das militärische Rußland bildet den anderen Gegenpol, aus dessen Rüstung sich die Oststaaten die Vorwände für ihre eigenen Militärausgaben zu holen pflegen. Die Friedensstärke der Roten Armee stellt sich zur Zeit auf 562 000 Mann (21 Infanteriekorps, 3 Kavalleriekorps und eine Anzahl Feldartilleriedivisionen), wovon etwa 100 000 auf Unteroffiziere, Offiziere und die Führer entfallen. Da kommen noch die 52 000 Mann Grenzschutz und die Truppen der GPU. (der ehemaligen Tscheka).

Der Aktivdienst dauert für die Infanterie zwei Jahre, der Reservedienst bis zum 40. Jahre.

Bei einer Gesamtmobilmachung wird die rote Armee wohl imstande sein, sofort 3—4 Millionen Mann aufzubringen.

Rußland hat 10 000 leichte und 5550 schwere Maschinengewehre, mehr als 300 leichte und 120 schwere Batterien, etwa 100 Tanks und 1000 Kriegsflugzeuge.

Polen

Bei 27 Millionen Bevölkerung hält Polen rund 300 000 Mann einschließlich eines östlichen Grenzwachtkorps unter den Waffen. Das Rekrutenkontingent beträgt 170 0000 Mann und mit den ausgebildeten Reserven sind 2 Millionen Mann verfügbar. Die 30 Infanterie- und 4 Kavalleriedivisionen umfassen 270 Bataillone und 200 Eskadrons. 321 leichte und etwa 110 schwere Baterien, 6000 leichte und 3600 schwere Maschinengewehre, 160 Kampfwagen und 360 Flugzeuge vervollständigen die materielle Ausrüstung.

Tschechoslowakei

Aehnlich wie in Polen liegen die Verhältnisse in der Tschechoslowakei. Sie wendet 1800 Millionen Kronen, d. i. 10,5 Prozent des Gesamthaushalts, für Heer auf. Bei einer Bevölkerung von nur 13,5 Millionen Einwohnern hat das Friedensheer eine Stärke von durchschnittlich 150 000 Mann. („Winter-Etat" vom 1. Oktober bis 1. April.) Einschließlich der ausgebildeten Reserven sind etwa

700 000 Mann unter 40 Jahren verfügbar. Die Waffenstärken belaufen sich auf 166 Bataillone, 60 Eskadrons, 192 leichte, 114 schwere Batterien, 4000 Maschinengewehre, 60 Kampfwagen und 400 Flugzeuge. Auch die Tschechoslowakei empfängt Waffen, vor allem Flugzeuge und Führerausbildung von Frankreich.

Italien

Die Dienstzeit wurde 1926 grundsätzlich auf 18 Monate festgesetzt. Vorzeitige Beurlaubungen aus persönlichen oder Etatsgegründen sind zulässig, haben jedoch eine Mindestdienstzeit von sechs Monaten zur Voraussetzung. Die Teilnahme an den Jugendausbildungskursen der Nationalmiliz — zu denen zur Zeit 70 000 junge Leute sich gemeldet haben — gewährt Anrecht auf eine entsprechende Verkürzung der aktiven Dienstpflicht. Die Bilanzstärke des Heeres wurde auf 220 000, die Mindeststärke auf 150 000 festgesetzt.

Die technische Ausrüstung beträgt: 9000 Maschinengewehre, 276 leichte Batterien, 192 schwere Batterien, 100 Kampfwagen, 1200 Kriegsflugzeuge. Die Stärke des „Kriegsheeres" beträgt 3 Millionen Mann.

England

Friedensstärke: 144 000 Mann. Kriegsstärke der ausgebildeten Reserven: 370 000 Mann. 6000 Maschinengewehre, 82 leichte Batterien, 30 schwere Batterien, 300 Kampfwagen, 1200 Kriegsluftfahrzeuge.

Rumänien

Friedensstärke: 200 000 Mann. Kriegsstärke der ausgebildeten Reserven 600 000 Mann. 6000 Maschinengewehre, 188 leichte Batterien, 63 schwere Batterien, 90 Kampfwagen. 143 Kriegsflugzeuge.

Die bekannten Zwangs-Militäretats der ehemaligen **Mittelmächte** zahlenmäßig den heutigen „Militärstaaten" gegenüberzustellen, können wir getrost den deutschen Generalen und den Militärpolitikern der Rechten überlassen. Das militärpolitische Gesamtbild Europas und der Welt zeigt, daß jede Lösung der Abrüstungsfrage **eine sofortige Heeresverminderung** in den **eigentlichen Militärstaaten** bedingt! Hier gilt es zunächst einzusetzen, wenn die europäische Abrüstung nicht eine Farce bleiben soll!

Ein deutsches Marinebauprogramm

Berlin, 3. Nov. (Eig. Draht.) Der Etat für 1931 enthält das **neue Marinebauprogramm.** Im Haushalt der Reichsmarine für 1931 beginnt der Abschnitt über die **einmaligen Ausgaben** mit folgenden Bemerkungen:

„Regelung der Ersatzfrage: a) Kriegsschiffe (Panzerschiffe, Kreuzer, Zerstörer und Torpedoboote) werden — außer im Falle ihres Verlustes — nach Ablauf ihrer Lebensdauer ersetzt. Die Lebensdauer beträgt 30 Jahre für die Panzerschiffe und Kreuzer, 15 Jahre für Zerstörer und Torpedoboote vom Tage des Stapellaufs an gerechnet. b) Hilfskriegsfahrzeuge (alle übrigen Schiffe und Fahrzeuge) werden nach dem Grad ihrer Abnutzung und der Eignung für ihren Sonderzweck ersetzt. c) Von dem Zeitraum von 1931 bis zunächst 1936 wird der Ersatz auch nach dem Schiffsbau-Ersatzplan Teil 1 geregelt."

Die Aufnahme dieser Bestimmung in den Etat selbst ist auf einen **Reichstagsbeschluß** vom vorigen Jahre zurückzuführen. Der Schiffsbauersatzplan ist dem Etat als Beilage angefügt. Es wird u. a. vorgeschlagen, daß das Panzerschiff „Ersatz Preußen" (Gesamtkosten 75 Millionen Mark) auf den Deutschen Werken in Kiel 1932 fertig wird. Panzerschiff „Ersatz Lothringen" 73 Millionen, soll 1932 begonnen und 1936 fertiggestellt sein. „Ersatz Elsaß" soll 1934 begonnen werden. Der auf der Marinewerft in Bau befindliche Kreuzer „Leipzig" soll 1931 fertig werden und insgesamt rund 42 Millionen kosten. Für Reservezerstörer sollen von 1934 bis 1936 fünf bewaffnete Fahrzeuge für 2,9 Millionen, 1931 bis 1932 fünf Torpedoboote gebaut werden.

Demonstrierende Gastwirte

Dresden, 3. Nov. (Eig. Draht). Die **Dresdener Gastwirte** hielten eine Protestversammlung gegen die neue **Getränkesteuer** ab. Sie zogen vor das Rathaus und demonstrierten sehr lebhaft. Eine Kommission verhandelte mit dem Stadtrat, der jedoch eine **Aufhebung** der Steuer ablehnte und über die Form der Erhebung am Donnerstag verhandeln wird. Am Donnerstag werden sämtliche Dresdener Gastwirte ihre Betriebe frühmorgens schließen. Es soll eine neue Protestversammlung stattfinden. Vermutlich werden auch die Betriebe am Freitag noch geschlossen gehalten.

Nazi bleibt Nazi

Wir zerreißen den Youngplan in Fetzen,
Hörte man sie in Versammlungen schwätzen.
Während das Volk rechnete mit ihrer Tat,
Uebten sie einen schmählichen Wählerverrat.
Im Auswärtigen Ausschuß, in drückender Atmosphäre,
Fanden sie für den „Fetzen" nicht einmal eine Schere;
Da hätten sie ihren Wählern können beweisen,
Daß es ihnen ernst ist um das Zerreißen.
Wo waren denn die Goebbels, wo waren die Straßer,
Die Allerweltskriegstributlastenhasser?
Wo waren die Rupp, Roth und Lenz,
Die in Versammlungen in Permanenz
Im badischen Lande wohl tagaus, tagein
Nicht laut genug übers Zerreißen konnten schrei'n?
Verführter Wähler, siehst du es noch nicht ein,
Wie die dich wollen von deinen Ketten befrei'n?
Zuerst Volksverhetzung, Verleumdung und Phrasen,
Und dann, nach der Ernte, zum Rückzug geblasen —
Das ist ihr maskenloses Gesicht;
Naziwähler, merkst du's noch nicht?

h. s.

Der Fluch des Volkes lastet auf ihnen

Man schreibt uns: Die **Kartell-, Syndikat- und Konzernwirtschaft** des vertrusteten Großkapitals ruiniert das Volksganze. Die freien Preise der der Konjunktur unterworfenen Waren zeigen im Verhältnis zu den gebundenen Preisen der syndizierten Großindustrie eine fallende Tendenz. Die Spitzen- und Dachgesellschaften haben enorme Gewinnquoten und stagnierende Großpreise zum volkswirtschaftlichen Nachteil des deutschen Arbeitnehmerstandes.

„Vom Mai 1930 bis August 1930 sind die freien Preise von der Indexzahl 84,7 auf 72, die gebundenen Preise aber nur von 104,9 auf 103 Prozent gesunken. Vom Jahresanfang 1929 bis August 1930 fielen die freien Preise um 30 Punkte und die Preise der kartellierten Erzeugnisse nur um 2 Punkte."

Diese bewußte, planmäßige Auspowerung der werktätigen Arbeitermassen durch die scharfmacherischen Erzeugerverbände und die übergroße Gewinnspanne aus diesem unsozialen Gebaren macht es dem übermächtigen Konzernkapital leicht möglich, unter der Buchungsform „Diverse Spesen" der im Solde des Finanzkapitals stehenden **republikfeindlichen Bewegung hohe Geldbeträge zur Verfügung** zu stellen.

Kampf dem Faschismus

Ein Appell an die Arbeiter aller Länder

Die in Köln von den Kommissionen der Gewerkschafts- und Sozialistischen Arbeiterinternationale angenommene Entschließung gegen den Faschismus hat u. a. folgenden Wortlaut:

„Der italienische Faschismus, der jede geistige Bewegungsfreiheit vernichtet hat, wird immer offener von den reaktionärsten Gruppen aller Länder als Vorbild gepriesen, obwohl die Wirtschaft Italiens einer Katastrophe zutreibt und das Land zum Zentrum der Kriegsgefahr geworden ist. Die Methode der Vergewaltigung der Mehrheit des Volkes, der zynische Gewaltstreich als bestes Mittel zur Austragung politischer Kämpfe, findet immer mehr Nachahmung. Eine Welle der Reaktion geht durch Europa, unverhüllt wird der Demokratie der Kampf angesagt.

Pilsudski, der sich seit Jahren durch die niedrige Art seiner Bekämpfung des Parlamentarismus und dessen Repräsentanten vor aller Welt bloßgestellt hat, lebt sich nun in noch nie dagewesenen Terrorakten gegen die unzweifelhafte Mehrheit des polnischen Volkes aus. 68 Abgeordnete, ein volles Viertel aller Oppositionsparteien des aufgelösten Sejm sind in den Kerker geworfen worden. Man will sie verhindern, am Wahlkampf teilzunehmen und versucht, Erklärungen des Verzichts auf die Kandidatur zum Sejm zu erpressen. Sie sind von der Außenwelt abgeschnitten, ihr Schicksal ist unbekannt, ja man weiß nicht, ob noch alle am Leben sind.

Ebenso ergeht es Tausenden anderer Inhaftierten, unter denen sich die bekanntesten Vertrauensmänner der Arbeiterklasse, wie der Vorsitzende der Gewerkschaften, Kwapinski, befinden. Unbekümmert um das Urteil der Welt schreckt Pilsudski vor keiner Gewalttat zurück. Freiheitsberaubung wie unter den Romanoffs, Wahlbetrug wie unter den Habsburgern, das ist die Synthese, die Pilsudski verwirklicht hat, durch die er den Ausdruck des Volkswillens in den Wahlen zu fälschen hofft.

In die reaktionäre Minderheitsregierung in Oesterreich haben die Christlichsozialen zwei Führer der Heimwehren, die im Parlament bisher überhaupt nicht vertreten sind, berufen. Ihnen wurde das Ministerium des Inneren und der Justiz ausgeliefert. Die erste Erklärung des „Fürsten" Starhemberg, des neuen Ministers des Innern, war, daß diese Minderheitsregierung gesonnen sei, im Amte zu bleiben, auch wenn die Wahlen gegen sie entscheiden. Inzwischen werden alle leitenden Beamtenposten mit verläßlichen Elementen der Faschisten besetzt.

Die Großjährigkeitserklärung des Otto Habsburg, die im November erfolgen soll, mahnt nicht nur die Arbeiter Ungarns, sondern ganz Mitteleuropas zur strengsten Wachsamkeit. Ein Königsputsch in Ungarn, zu dem intensive Vorbereitungen von den Legitimisten getroffen werden, bedeutet nicht nur einen neuen Vorstoß der Reaktion in Mitteleuropa, sondern ernsteste Kriegsgefahr.

In Deutschland haben die Vertreter der reaktionären Demagogie bei den Wahlen großen Zulauf erhalten. Ihr Spiel mit Diktatur und Putsch kann Deutschland in den kommenden Monaten vor ernste Gefahren stellen. Die deutsche Sozialdemokratie hat es aber in dieser äußerst schwierigen Situation bisher vermocht, die faschistischen Bestrebungen zu durchkreuzen. Die internationale Arbeiterbewegung spricht ihr den Dank aus, daß sie in dieser Periode reaktionäre Vorstöße mit vollem Bewußtsein die Verteidigung der Demokratie zum Angelpunkt ihrer Taktik im tiefsten Klasseninteresse des Proletariats gemacht hat.

Das Schicksal der Arbeiter aller Länder ist untrennbar miteinander verbunden, es fordert in höherem Grade wie jemals früher tätige internationale Solidarität. Die Arbeiterbewegung jedes Landes hat die Pflicht, alles aufzubieten, um die Bourgeoisie zu verhindern, die Länder der Diktatur und der faschistischen Gefahr durch Anleihen oder durch andere Formen finanzieller Hilfe zu unterstützen. Die demokratischen Elemente in allen Ländern müssen geschlossen dem Block der faschistischen Diktaturen entgegentreten.

In dieser Periode bedrohlicher faschistischer Vorstöße rechnen die IGB. und die SAI. auf Wachsamkeit und Klugheit, Mut und Entschlossenheit der Arbeiter der bedrohten Länder und sie fordern die Arbeiter aller anderen Länder auf, den Kampf gegen den Faschismus mit allen geeigneten Mitteln zu unterstützen."

Die Maske herunter!

Das wahre Gesicht der Hakenkreuzler

In der Monatsschrift Der Meister schreibt der Nationalsozialist Hans Held in einer Beleuchtung der Gründe, weshalb „die Männer der Großindustrie und der Bankwelt den Nationalsozialismus mit ihrer materiellen Macht untermauern müssen", folgendes:

„Wir Nationalsozialisten zerschlagen euch die Organisationen der Arbeiterschaft. Wir zerschlagen euch die Gewerkschaften. Darum müßt ihr (Unternehmer) uns das Recht geben, in unserer Agitation uns dem Geist der Arbeiterschaft anzupassen. Wenn wir von der Verstaatlichung von Grund und Bodens reden, so meinen wir das nicht im Ernst. Wenn wir gegen das Kapital reden, so brauchen wir dieses Propagandamittel, um die Leute an uns heranzuziehen. Die Hauptsache ist, daß wir die Leute haben, damit sie aus dem Marxismus gelöst werden."

Die Arbeiter völlig unter das kapitalistische Joch zu beugen, das ist Absicht und Aufgabe der Nazis. Dafür fließen ihnen die großen Summen aus den Kassenschränken der Industrie zu.

Brot- und Fleischpreise

Wann tritt endlich eine Preissenkung ein? / Sie ist dringend geboten und möglich

Uns wird aus Berlin geschrieben:

Im **Reichsernährungsministerium** haben Verhandlungen mit den Vertretungen der **Bäcker und Schlächter** stattgefunden, die auf einen Abbau **der Brot- und Fleischpreise** hinzielen. Es ist die höchste Zeit, hier einmal nach dem Rechten zu sehen. Denn in einer Zeit, in welcher der Lohn unter stärkstem Druck steht, sind die Brot- und Fleischpreise nur vereinzelt zurückgegangen.

So betrug der ortsübliche Roggenbrotpreis in **Berlin** im Juni 1930 pro Kilogramm 39 Pfennige; auch heute zahlt man noch denselben Preis. In der fraglichen Zeit — die Erhebungen des Reichsstatistischen Amts liegen bis Ende September vor — ist aber auf Grund der Notierungen an der Berliner Produktenbörse der Roggenpreis von etwa 175 M pro Tonne im Anfang Juni auf 150 M Ende September zurückgegangen. Gleichgeblieben ist der ortsübliche Roggenbrotpreis auch in **Dresden** mit 35, in **Breslau** mit 32, in **Frankfurt** mit 46, in **Stuttgart** mit 44, in **Chemnitz** mit 37, in **Mannheim** mit 42, in **Augsburg** mit 48 und in **Karlsruhe** mit 44 Pfennigen. Der Brotpreis hat sich ermäßigt in **Hamburg** von 39 auf 38 Pfennige, in **Köln**, wo er aber überaus hoch liegt, von 55 auf 51 Pfennige und in **Aachen** von 53 auf 45 Pfennige. Die vom Reichsstatistischen Amt ausgewiesene Brotpreisverminderung im Wirtschaftsbezirk **Lübeck** von 50 auf 42 Pfennige, immer pro Kilogramm, beruht auf die Einführung einer anderen Brotsorte ab August. Letztbin hat auch **München** eine Brotpreisermäßigung vorgenommen; aber für die Brotpreisverhältnisse Münchens gilt dasselbe wie für die Kölns: sie liegen trotz der vor einigen Tagen vorgenommenen Reduzierung äußerst hoch. Gestiegen ist der Brotpreis in **Essen** von 45 auf 48 Pfennige, in **Hannover** von 34 auf 35 Pfennige, in **Dortmund** von 36 auf 38, in **Magdeburg** von 34 auf 35 und in **Königsberg** von 36 auf 38 Pfennige. Verteuert hat sich auch der **Weizenmehlpreis.** Er zog z. B. in **Berlin**, immer für die Zeit von Anfang Juni bis Ende September und für ein Kilogramm, von 58 auf 59 Pfennige an, in **Hamburg** von 54 auf 55, in **Dresden** von 60 auf 64, in **Essen** von 60 auf 61, in **Hannover** von 59 auf 60, in **Chemnitz** von 60 auf 64 und in **Dortmund** von 56 auf 60 Pfennige. Dazu kommen Verteuerungen in großen Wirtschaftsgebieten für weiße Speisebohnen, für Butter, Eier usw. Der Kartoffelpreis hat gegenüber dem Vorjahr und angesichts der diesjährigen Rekordernte nur ungenügend nachgelassen.

Ein besonderes Kapitel für sich sind die **Fleischpreise. Hamburg** hat nach der Reichsstatistik eine Verteuerung des Rindfleisches (Kochfleisch mit Knochen) von 2,30 auf 2,32 Mark pro Kilogramm zu verzeichnen. **Essen** von 2,20 auf 2,22 und Frankfurt von 2,08 auf 2,10 M. In den übrigen Wirtschaftsgebieten ist der Preis gleich geblieben. Nur der Wirtschaftsbezirk Berlin weist eine Verringerung von 2,28 auf 2,27 M auf. Dagegen ist in Berlin das für die Lebenshaltung der breiten Massen wichtige **Schweinefleisch** (Bauchfleisch) von 1,99 Mark Anfang Juni bis 2,09 M Ende September gestiegen. Für **Hamburg** liegt eine Steigerung von 2,02 auf 2,08 vor, für **Breslau** von 1,80 auf 1,82 M, für **Hannover** von 1,82 auf 2,03 M, für **Stuttgart** von 2,40 auf 2,50, für **Magdeburg** von 2,00 auf 2,10 und für **Lübeck** von 1,90 auf 2 M. Merkwürdig ist, daß in anderen Bezirken diese Fleischsorte im Preise erheblich nachgelassen hat. So hat sich z. B. der Preis, für Schweinefleisch (Bauchfleisch) in **Chemnitz** von 2,40 auf 2,30 M gesenkt und in **Dortmund** von 2,20 auf 2,10 M. Der Schluß liegt nahe, daß das, was in Dortmund und Chemnitz möglich ist, auch sicherlich in Berlin oder anderwärts möglich sein muß.

Bäcker und Fleischer begründen die Preisüberhöhung immer wieder mit den angeblich **zu hohen Löhnen.** Deshalb sei folgendes bemerkt: Den gegenüber dem Krieg gestiegenen Löhnen steht eine Reihe von verminderten Unkostenfaktoren in einem Ausmaße gegenüber, daß man unmöglich die überhöhten Preise auf die gegenüber dem Krieg gestiegenen Löhne zurückführen kann. Ohne Zweifel liegt bei Brot und Fleisch eine **Ueberhöhung der Gewinnspannen** gerade bei der Verarbeitung d. h. beim Bäcker und Schlächter vor. Die landwirtschaftlichen Vertreter verweisen immer wieder auf die ungeheure Differenz zwischen den, in vielen Fällen tiefliegenden Erzeugerpreisen für Getreide und Vieh und den hochliegenden Kleinhandelspreisen. Sie haben Recht damit. Hoffentlich bringt der Reichsernährungsminister Schiele, der sich ja gegenüber den Großverbrauchern sehr wenig rücksichtsvoll gezeigt hat, die Energie auf, **hier mal ganze Arbeit zu machen.** Eine Schonung der überhöhten Gewinnspannen in der Verarbeitung liegt weder im Interesse der Verbraucher noch im Interesse der Landwirtschaft. Es ist unbedingt notwendig, daß sie auf ein normaleres Maß zurückgeführt werden.

zelstaates für einzelne Bezirke zeitweise ausser Kraft gesetzt werden; jedoch nur unter folgenden Bedingungen.

1) die Verfügung muß in jedem einzelnen Falle von dem Gesamtministerium des Reiches oder Einzelstaates ausgehen,

2) das Ministerium des Reiches hat die Zustimmung des Reichstages, das Ministerium des Einzelstaates die des Landtages, wenn dieselben zur Zeit versammelt sind, sofort einzuholen. Wenn dieselben nicht versammelt sind, so darf die Verfügung nicht länger als 14 Tage dauern, ohne daß dieselben zusammenberufen und die getroffenen Maßregeln zu ihrer Genehmigung vorgelegt werden.

Weitere Bestimmungen bleiben einem Reichsgesetz vorbehalten.

Für die Verkündigung des Belagerungszustandes in Festungen bleiben die bestehenden gesetzlichen Vorschriften in Kraft.

Zur Beurkundung:

Frankfurt a/M 28 März 1849

Dr. Martin Eduard Simson

z. Z. Präsident der verfassunggebenden Reichsversammlung

Die Verfassungsurkunde von 1849 aus dem Reichstagsarchiv gestohlen

Die Verfassungsurkunde von 1849 (letzte Seite mit der Unterschrift des Präsidenten der Frankfurter Nationalversammlung Eduard Simson).

Aus der Bibliothek des Reichstags ist auf geheimnisvolle Weise die Verfassungsurkunde der Deutschen Nationalversammlung vom 28. März 1849 gestohlen worden, in der Großdeutschland zum Kaiserreich proklamiert wurde.

Freistaat Baden

Zu den badischen Gemeindewahlen

Eine bürgerliche Korrespondenz berichtet:

Für die am 16. November 1930 im Lande Baden stattfindenden **Kommunalwahlen** ergeben sich **Vergleichsmöglichkeiten** nur bezüglich des Gesamtbildes der **Bezirksrats- und Kreiswahlen,** da die Zahlen zu den Gemeindeparlamenten bisher statistisch nicht erfaßt worden sind. Ihre Bearbeitung wäre im Hinblick auf die verschiedenartig gelagerten örtlichen Verhältnisse auf große Schwierigkeiten gestoßen, und man wird deshalb auch in Zukunft davon Abstand nehmen.

Bei den **letzten** Wahlen im November **1926** zählte man in den Wahlkreisen (Amtsbezirken), in denen Abstimmungen zu den Bezirksratswahlen vorzunehmen waren, 1 374 913 Wahlberechtigte, in 197 zur Abstimmung für die Kreisabgeordnetenwahlen verpflichteten Wahlkreisen (Amtsbezirken) 1 358 493 Wahlberechtigte. Die 17 der von den politischen Parteien und Wählergruppen eingereichten und zugelassenen **Wahlvorschlagslisten** belief sich im ganzen für die Bezirksratswahlen auf 197, für die Kreisabgeordnetenwahlen auf 188.

Die gültigen **Stimmen** erhielten bei den

	Bezirksratswahlen	Kreisabg.-Wahlen
Zentrumspartei	205 558	197 521
Sozialdemokratische Partei	**147 637**	**136 566**
Deutsche Demokratische Partei	49 284	44 753
Badischer Landbund	10 709	9 686
Deutsche (liberale) Volkspartei	41 073	38 522
Deutschnationale Volkspartei	8 292	5 220
Kommunistische Partei	42 978	40 067
Wirtschaftliche Vereinigung des badischen Mittelstandes	19 588	17 270
Sonstige Parteien und Wählergruppen, sowie sonstige Interessentengruppen	113 169	106 039
Im ganzen	638 252	595 644

Abgestimmt hat also für beide Wahlen **kaum die Hälfte** der Wahlberechtigten. — Zu wählen waren im ganzen Lande 351 Bezirksräte und 396 Kreisabgeordnete. Nach ihrer Parteistellung verteilen sich die Gewählten wie folgt: Zentrum 163 Bezirksräte, 168 Kreisabgeordnete, **Sozialdemokraten 71 bzw. 87,** Demokraten 35 bzw. 30, Badischer Landbund 23 bzw. 18, Deutsche Volkspartei 14 bzw. 23, Deutschnationale 9 bzw. 19, Kommunisten 8 bzw. 17, Wirtschaftliche Vereinigung 6 bzw. 9, Sonstige 22 bzw. 25. Anteil der Frauen an den Mandaten: Zentrum 6, Sozialdemokraten 4, Kreisabgeordnete, Zentrum 1 Bezirksrat (Freiburg).

Protest der badischen Tabakindustrie

Die badische Tabakindustrie ist von dem neuen Steuerentwurf des Reichsfinanzministeriums überrascht worden und hat sogleich in Eingaben an alle in Frage kommenden Stellen Einspruch erhoben. Sie hat sich auch an die badische Regierung gewendet, um von ihr Unterstützung bei der Reichsregierung zu finden. Protest und Kampf gegen diese neue Belastung des Tabaks fordern. Sie macht darauf aufmerksam, daß gerade in Baden viele hunderte von Betrieben und viele tausende Arbeiter in Frage kommen, die durch die neuen Steuern schwer getroffen und zum Teil sogar dem Ruin entgegengeführt werden. Die Heidelberger Handelskammer hat gleichfalls telegraphisch beim Reichsfinanzminister Protest gegen die Tabaksteuererhöhung eingelegt. Sie weist darauf hin, daß die Industrie in Baden zahlreich vertretene Rauchtabak- und Zigarrenindustrie gezwungen wäre, die Verkaufspreise um 50 Prozent zu erhöhen, während der Preiszuschlag auf Zigaretten so gering sei, daß er wahrscheinlich durch fabrikatorische Maßnahmen ausgeglichene werden müsse. Dies werde zweifellos eine Abwanderung zur Zigarette und eine neue schwere Schädigung der Rauchtabak- und Zigarrenindustrie zur Folge haben. Die Handelskammer fordert daher Aufhebung oder Aenderung der neuen Steuerbeschlüsse.

Badischer Nazi-Abgeordneter in Hessen verurteilt

Karlsruhe, 3. Nov. **In einer öffentlichen Versammlung in Darmstadt hatte der nationalsozialistische badische Landtagsabgeordnete E. A. Roth die Reichsfarben verächtlich gemacht und u. a. mit den drei Internationalen verglichen. Roth hatte sich vor dem Bezirksschöffengericht in Darmstadt wegen Vergehens gegen das Republikschutzgesetz zu verantworten und wurde unter Zubilligung mildernder Umstände zu 200 M Geldstrafe verurteilt.**

Redeverbot für Münchmeyer

Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Münchmeyer, der in Mannheim sprechen sollte, erhielt Redeverbot des badischen Innenministeriums.

Theater und Musik

Badisches Landestheater. Die zweite Abteilung der Sondermiete „Zeittheater"-Zyklus (rote Karten) erhält am Montag, 3. November, das Schauspiel „Bork" von Gerhard Menzel. Am Dienstag, 4. November, gelangt in der Oper Puccinis „Die Bohème" neu einstudiert zur Aufführung. Am Mittwoch, 5. November, findet das 2. Sinfoniekonzert statt. Der altfranzösische Schwank „Advokat Patelin" und das altitalienische Lustspiel „Der Diener zweier Herren" von Goldoni gelangen am Donnerstag, 6. November, zur erstmaligen Wiederholung und am Freitag, 7. November, gehen Hebbels „Nibelungen" mit den beiden ersten Teilen: „Der gehörnte Siegfried" und „Siegfrieds Tod" in Szene. Den Beschluß der Woche bildet am Samstag, 8. November, ein Tanzabend, dem eine ganz besondere Bedeutung zukommt, indem „Die Josephslegende" von Richard Strauß (Handlung von Harry Graf Keßler und Hugo von Hofmannsthal), unter Leitung von Harald Josef Fürstenau erstmal vom Tanzkörper unserer Bühne einstudiert, zur Wiederaufführung kommt und zuvor ein gänzlich verschollen gewesenes Werk unter seltsamen Umständen wieder aufgefundenes Ballett „Die Liebesprobe" zur alleinigen Uraufführung gelangen wird. — Am Sonntag, 9. November, geht als Nachmittagsvorstellung für auswärtige Platzmieter Halévys Oper „Die Jüdin" in Szene und — als Abendvorstellung Puccinis Oper „Die Bohème". Im **Konzerthaus** wird an demselben Sonntag die hiesige Uraufführung der Operette „Meine Schwester und ich" in 2 Akten mit einem Vor- und Nachspiel nach Berr und Verneuil von Robert Stolz, Gesangstexte und Musik von Ralph Benatzky, stattfinden. Es ist heute schon darauf hingewiesen, daß es der Theaterleitung gelungen ist, das derzeitig in Berlin mit aufsehenerregendem Erfolge spielende **Japanische Theater** für ein einmaliges Gastspiel zu gewinnen, das in der letzten Novemberwoche stattfinden soll.

Herunter mit der Arbeitszeit

Auch bei der Reichsbahn

Der **Reichsarbeitsminister** hat dieser Tage in einer Unterredung mit dem Schriftleiter der „Germania" seine Auffassung über den Preis- und Lohnabbau dargelegt und dabei gegen die Lohnabbaupinchose Front gemacht. **Schade,** daß er bei dieser Gelegenheit nicht auch ein Wort über die **Arbeitszeitfrage** gesagt hat; denn diese ist noch mindestens **ebenso aktuell** als die von ihm berühmten wirtschafts- und lohnpolitischen Fragen. Allmählich begreift selbst das Unternehmertum, daß im Interesse der Entlastung des Arbeitsmarktes durch **Arbeitszeitverkürzung** unbedingt **etwas** geschehen muß.

Die **Arbeitslosenlast** hat bald eine **nicht mehr erträgliche Höhe** erreicht. Immer neue Abzüge müssen sich die Arbeitnehmermassen gefallen lassen, weil die Arbeitslosen doch schließlich nicht verhungern können. Allein darüber dürften sich wohl alle Einsichtigen klar sein: die **Hilfsleistungsmöglichkeiten** der breiten **noch arbeitenden** werktätigen Schichten zur Linderung der Arbeitslosennot sind bald **erschöpft.** Es muß deshalb, gerade weil damit zu rechnen ist, daß die Dinge auf dem Arbeitsmarkt im Winter noch schlimmer werden, nun endlich unbedingt etwas **Entscheidendes** geschehen. **Alle** Möglichkeiten zur Entlastung des Arbeitsmarktes, die von den Gewerkschaften skizziert worden sind, müssen ausgeschöpft werden und unter diesen Möglichkeiten steht die **Arbeitszeitverkürzung** an erster Stelle. Sie **muß** kommen und zwar auf der **ganzen Linie.** Am allerwenigsten können Ausnahmen zugelassen werden für die ganz **großen Arbeitgeber.** Es wäre grotesk, wenn z. B. der größte deutsche Arbeitgeber, die **Reichsbahngesellschaft,** sich selbst von der Arbeitszeitverkürzung ausnehmen wollte. Während alles nach Eindämmung der Arbeitslosigkeit schreit, **entläßt** die Reichsbahn **immer noch Tag für Tag** Arbeiter. Nur für die Reichsbahnausbesserungswerke und für die Bahnunterhaltungsarbeiter sind Feierschichten und Kurzarbeit eingeführt worden. Kein Wunder also, wenn nunmehr die **Eisenbahnerorganisationen mobil** machen. Sie haben am Freitag der Hauptverwaltung die **Arbeitszeitbestimmungen** des Lohntarifvertrags zum 30. November **gekündigt.** Der **Einheitsverband** fordert mit schärfstem Nachdruck, daß nunmehr mit dem unerträglichen Zustand, wonach ein Teil der Eisenbahner **kurzarbeitet,** während ein anderer regelmäßig Ueberstunden zu leisten hat, rücksichtslos aufgeräumt wird. Er fordert, daß für alle Gruppen **Arbeitsstreckung durch Arbeitszeitverkürzung** eingeführt wird.

Neben dem Einheitsverband ist auch die **Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer** in der Arbeitszeitfrage zum **Angriff** übergegangen. Sie hat in einer **Pressebesprechung** durch ihre Leitung, vor allem durch ihren Vorsitzenden, **Warstein,** in sachkundigen und eindrucksvollen Darlegungen zugunsten der Arbeitszeitverkürzung einen scharfen Vorstoß unternommen. Warstein wies darauf hin, daß das Reichsbahnbetriebs- und Verkehrspersonal heute noch 9 Stunden pro Tag, also wöchentlich 54 Stunden arbeite. Das sei aber nicht die zulässige Höchstgrenze, zulässig seien sogar 57 Stunden pro Woche, und zwar handele es sich hier um **reine Arbeitszeit.** Das Reichsbahnbetriebspersonal frage demgegenüber mit Recht, ob es denn wirklich notwendig sei, daß der Eisenbahner weit über die **normale** Arbeitszeit hinaus beschäftigt wird, und ob es denn nicht jetzt wenigstens dringlich geboten sei, in Anbetracht der Riesenarbeitslosigkeit **mindestens die 48-Stundenarbeitszeitwoche** auch im Reichsbahnbetriebsdienst einzuführen. Auf Grund von Berechnungen der Reichsbahn werde die Herabsetzung der reinen Arbeitszeit auf 48 Stunden pro Woche beim Betriebs- und Verkehrspersonal eine **Vermehrung der Arbeitskräfte um 45 248** ausmachen. Die **Kosten** dafür beliefen sich auf etwa 130 Millionen pro Jahr einschließlich der Sozialversicherungsbeiträge, auf **höchstens 150 Millionen.** An der Kostenfrage dürfte aber angesichts der hohen wirtschaftlichen, staatspolitischen und ethischen Bedeutung der Verringerung der Arbeitslosenzahl die Arbeitszeitverkürzung bei der Reichsbahn nicht scheitern.

Die Reichsbahngesellschaft muß den Arbeitszeitforderungen der Gewerkschaften entgegenkommen. Sieht die Oeffentlichkeit, daß der Gewerkschaft darum zu tun ist, durch Verständigung mit den Organisationen der Eisenbahnarbeiter und Eisenbahnbeamten um jeden Preis etwas zur Festigung des Arbeitsmarktes zu tun, dann wird sie auch in ihrem Kampf gegen die gerade auf ihr lastende übergroße **Reparationslast** in den **Volksschichten** Verständnis und **Unterstützung** finden; denn es ist nicht zu leugnen, daß letzten Endes vor allem bei der Reichsbahn der Kampf um die Erhaltung der **Arbeitsplätze** nur dann auf die Dauer erfolgreich geführt werden kann, wenn der furchtbare Reparationsdruck, der auf Deutschland lastet, vermindert wird.

Aus aller Welt

Liebespaar vom Auto überfahren

Laage (Mecklenburg), 3. Nov. Auf der Chaussee von Rostock nach Laage ereignete sich ein Unglück, dem zwei junge Menschen zum Opfer fielen. Ein von Rostock kommendes Auto überfuhr in der Nähe des Dorfes Kessin zwei Personen, anscheinend ein Liebespaar, das **auf der Chaussee promenierte** und das Auto nicht bemerkte. Die beiden jungen Menschen waren auf der Stelle tot. Der Autoführer versuchte, unerkannt zu entkommen, wurde aber von der Gendarmerie in Laage gestellt. Das Auto wurde beschlagnahmt.

Der Abtnaundorfer Knabenmord vor Gericht

Leipzig, 3. Nov. Das Schwurgericht verurteilte den 24 Jahre alten Erich Willi Bauer aus Leipzig-Mockau wegen vollendeten **Totschlags und Sittlichkeitsverbrechens** zu 11 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. Es handelt sich um ein Verbrechen, das Bauer gemeinsam mit dem etwa gleichaltrigen Lutz am 25. Mai 1928 im Abtnaundorfer Park an dem Schüler Hnideck beging. Gegen Lutz mußte das Strafverfahren einstweilen eingestellt werden, da er als **Geisteskranker** in einer Heilanstalt untergebracht ist. Bauer war geständig. Er wurde von dem medizinischen Sachverständigen als schwachsinnig bezeichnet, für den jedoch der Schutz des § 51 nicht in Frage komme. Die Anklage hatte ursprünglich auf Mord gelautet.

Die Einweihung des neuen Reichsbankgebäudes in Dresden

Dresden, 3. Nov. Am Montag vormittag fand in den großen, mit Blumen festlich geschmückten Kassensälen des neuen Gebäudes der Reichsbankhauptstelle Dresden die feierliche Weihe und Uebergabe des Baues statt.

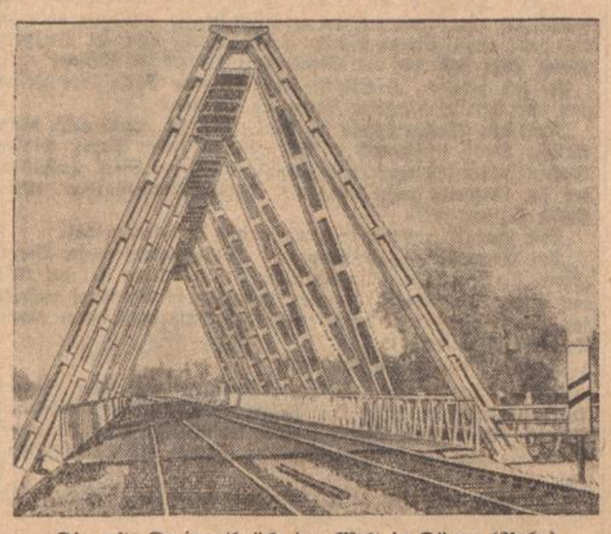
Raubüberfall

Dresden, 3. Nov. Am Montag abend gegen 8 Uhr wurde auf ein Fabrikbüro in der Hochstraße ein schwerer Raubüberfall verübt. Vier Männer, die Gesichtsmasken trugen, drangen in das Büro einer in dem betreffenden Gebäude untergebrachten Fabrik ein und zwangen die dort anwesenden Personen unter Bedrohung mit vorgehaltenen Revolvern zur Herausgabe des Geldes. Die Räuber erbeuteten etwa 5000 M. Sie ergriffen in einem bereitstehenden Kraftwagen die Flucht und entkamen unerkannt. Auch die Nummer des betr. Kraftwagens konnte nicht festgestellt werden. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei sind im Gange.

Zur Ursache der Alsdorfer Grubenkatastrophe

Am Montag, 3. November, nahm der Unfallausschuß der Grubensicherheitskommission Bonn einen ausführlichen Bericht der Bergbehörde über den Stand der Aufräumungsarbeiten und die bisherigen Ermittlungen entgegen. Die Annahme einer Explosion über Tage, für die die außerordentlichen Zerstörungen am Fördergerüst und am Betriebsgebäude des Eduardschachtes sprechen, kann noch nicht ausgeschaltet werden. Zwar scheiden die Möglichkeiten der Explosion eigener, größerer, Brennstoffmengen, oder eines Benzintanks, oder eines Benzoltanks, oder verschütteten Benzols, sowie einer Explosion in der Lampenstube aus. Dagegen bleibt die Möglichkeit einer Explosion, die ihren Grund in Schneidearbeiten oder anderen Ursachen hat, bestehen. Unter Tage sind die Feststellungen, soweit die Gruben zugänglich sind, inzwischen abgeschlossen. Die Möglichkeit einer Entzündung schlagender Wetter scheint nach den bisherigen Feststellungen ausgeschlossen. In den Abbaubetrieben und den anschließenden Abbauflächen haben sich keine Merkmale einer Explosion ergeben. Im übrigen werden die Aufräumungsarbeiten noch geraume Zeit in Anspruch nehmen.

Zu der Frage der Ursache der Mayhacher Katastrophe wird der Frankfurter Zeitung aus Quierschied gemeldet: Bei Instandsetzungsarbeiten wurde in einem schlagwetterreichen Aufhau der 4. Sohle eine Benzinsicherheitslampe in unversehrtem Zustande vorgefunden. Sogar der Glaszylinder ist unbeschädigt. Dagegen ist die Schutzkappe über dem Drahtsieb abgeschraubt und konnte nicht gefunden werden. Aus gewissen Spuren am Sieb wird gefolgert, daß diese Lampe die Ursache der Explosion war, zumal von dem Aufhau an nach beiden Richtungen die Wirkungen der Explosion in der 4. Sohle gleichmäßig erkennbar sind



Die erste Dreigurtbrücke der Welt in Düren (Ruhr)
Die 78 Meter lange Brücke über die Ruhr bei Düren.

Gründung eines „Gerichtshofs des Britischen Reiches"

London, 3. Nov. Als erstes sichtbares Ergebnis der **britischen Reichskonferenz** wurde beschlossen, ein Schiedsgericht des britischen „Commonwealth" zu gründen, um alle Streitfragen zu schlichten, die zwischen den einzelnen Ländern des Reichs entstehen.

Gefährdete Oderdämme

Breslau, 4. Nov. (Funkdienst.) Die Lage auf der linken Oderstromseite bei Neumark ist bedrohlich. Bei der Ortschaft Seedorf ist der Oderdamm undicht geworden und die Bauern aus Seedorf arbeiten Tag und Nacht an der gefährdeten Stelle. In Leubus sind zahlreiche Anwesen vom Wasser völlig abgeschlossen und an der Oderniederung sind eine Reihe von Dörfern vom Breslauer Vorstadtgebiet abgeschnitten.

Taifun

Neuyork, 4. Nov. (Funkdienst.) Die Philippinen wurden von einem schweren Taifun heimgesucht. Die Einwohner forderten dringend Hilfe. Die Zahl der Opfer ist noch nicht bekannt.

Aus dem Gerichtssaal

Mansardenräuber. Auf die Habseligkeiten armer Hausangestellten hatten es im Juli ds. Js. zwei Diebe abgesehen, die bald hier, bald dort in der Stadt Mannheim auftauchten. Der 23 Jahre alte ledige Schuhmacher Eduard Otto war von Sinsheim ausgerückt, wo er bei einem Landwirt arbeitete und lernte im Strandbad in Mannheim den 24 Jahre alten Tüncher Georg Botzner kennen, bei dessen Mutter er eine Zeitlang wohnte. Es waren verwandte Seelen: beide waren bald einig, Mansardendiebstähle zu verüben. Die „Betriebs"-Werkzeuge bestanden in einem Dietrich, mit dem sie die Türen öffneten, die sie nicht einzudrücken vermochten. In einem Dutzend Fälle raubten sie den Mädchen ihre Barmittel, Uhren und Schmucksachen. Nur auf Wertobjekte hatten sie es abgesehen. Botzner ist rückfällig. Gegen ihn beantragte der Staatsanwalt drei Jahre, gegen Otto zwei Jahre Gefängnis. Das Gericht erkannte gegen Botzner auf eine Gefängnisstrafe von 2½ Jahren, gegen Otto auf ein Jahr sieben Monate abzüglich Untersuchungshaft.

Zuchthaus für Einbrecher. Im April ds. Js. wurden zahlreiche Gastwirte und Kaufleute in Heidelberg wie auch in den Nachbarorten durch Einbrecher heimgesucht, die jeweils in die Keller eindrangen und große Mengen Nahrungs- und Genußmittel entwendeten. Der Anführer des Raubzuges war der 29 Jahre alte bereits mit insgesamt 8 Jahren Gefängnis vorbestrafte Taglöhner Max Laux aus Mannheim, der dafür vom Schöffengericht 4 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust erhielt. Ein Mitangeklagter gleichfalls vorbestrafter Schuhmacher wurde unter Zubilligung mildernder Umstände zu 1 Jahr Gefängnis, ein Hilfsarbeiter und ein Ehepaar wegen Hehlerei zu geringeren Gefängnisstrafen verurteilt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Kleine bad. Chronik

Selbstmord oder Verbrechen

Maxau, 4. Nov. **Gestern abend gegen 9 Uhr wurde auf der Strecke zwischen Pforz und Maximiliansau eine männliche Leiche gefunden, der der Kopf abgefahren war. Es dreht sich um einen reichen Industriellen aus Mailand, der eine große Summe Geld bei sich gehabt hatte. Er hatte einen Ausweis der faschistischen Partei bei sich.**

Seine Frau erschlagen

DS. **Heidelberg,** 3. Nov. Gestern abend hat der Arbeiter Karl Sahm in seiner Wohnung seine Ehefrau mit einem Stock so schwer geschlagen, daß sie blutüberströmt zusammenbrach. Sie ist gleich darauf ihren Verletzungen erlegen. Sahm ging zur Polizei und gab zuerst an, er habe seine Frau tot aufgefunden, legte aber im Laufe der Nacht das Geständnis ab, daß er sie selbst getötet habe. Er gibt an, er habe seine Frau lediglich schlagen, nicht aber töten wollen.

Zwei Oekonomiegebäude eingeäschert

Freistett, 3. Nov. Samstag früh kurz nach Mitternacht brach in dem Oekonomiegebäude der Witwe David Brunk Feuer aus, das sich in den großen Erntevorräten rasend schnell ausbreitete und in kurzer Zeit das ganze Gebäude samt Inhalt in Schutt und Asche legte. Der Schaden beträgt zirka 8000 M. — Als man noch bei den Aufräumungsarbeiten beschäftigt war, entstand in dem zirka 150 Meter entfernt liegenden Anwesen des Landwirts Friedrich Nebel Feuer, das in kurzer Zeit ganze Arbeit machte und das Oekonomiegebäude vernichtete. Die Feuerwehr und die alarmierte Kehler Motorspritze mußten sich auf den Schutz der bedrohten Nachbargebäude beschränken. Der Schaden beträgt hier 12 000 bis [illegible]000 M.

Vier Personen durch ein scheuendes Pferd verletzt

DS. **Heidelberg,** 3 Nov. In Kirchheim scheute plötzlich das Pferd eines Landwirts und rannte im Galopp davon. Der Lenker fiel vom Wagen und erlitt Verletzungen. Das wildgewordene Tier überrannte eine Frau, deren Kinderwagen und ein zweites bei ihr befindliches Kind, so daß **alle drei erhebliche Verletzungen** davontrugen. Das im Kinderwagen liegende Kind wurde in bedenklichem Zustand ins Krankenhaus eingeliefert.

Die Uehlinger Brandursache

DS. **Waldshut,** 3. Nov. Die beiden letzten Nächte waren für die Gemeinde Uehlingen und die benachbarte Gemeinde Brende Schreckensnächte. Am Sonntag früh brach in dem im Zinken Lauffen gelegenen landwirtschaftlichen Anwesen des Gottfried Eckert ein Brand aus, bei dem infolge des starken Sturmes an eine Löschung des Brandes nicht zu denken war. Sämtliche Fahrnisse, 3 Stück Großvieh, 6 Schweine und 3 Ziegen verbrannten. Im Hause waren noch einige Schluchseearbeiter untergebracht, die sich an den Rettungsarbeiten beteiligten. Es gelang ihnen, die schon bewußtlos gewordene Frau des Besitzers und die Kinder unter Lebensgefahr aus dem brennenden mit Rauch gefüllten Hause zu retten. Bei den Rettungsarbeiten durchschnitt sich einer der Arbeiter die Sehnen der linken Hand. Der Schaden beträgt etwa 32 000 M. Der Fahrnisschaden ist noch unbekannt. Man vermutet Brandstiftung.

Heute früh 1.30 Uhr brach in dem Anwesen des Landwirts Joh. Schmaier Feuer aus, das, obwohl es sofort von der seit kurzem eingerichteten Brandwache bemerkt wurde, nicht mehr gelöscht werden konnte, weil der herrschende Sturm die Flammen mit rasender Schnelligkeit anfachte. Sämtliche Fahrnisse verbrannten. Die Feuerwehr mußte sich darauf beschränken, die Nachbarhäuser zu schützen. In dem Hause wohnten außerdem noch die Familien [illegible]sig und Schnitter, die ebenfalls obdachlos wurden. Außerdem verbrannten die Fahrnisse des Landwirts Heiler, dessen Haus erst kürzlich ein Raub der Flammen wurde. Nur das Vieh konnte gerettet werden. Der Brandschaden wird mit 35 000 M beziffert. Der Fahrnisschaden ist unbekannt. Es wird **Brandstiftung** vermutet. In der Bevölkerung herrscht die einmütige Meinung, daß auch diese Brände von dem geheimnisvollen Uehlinger Brandstifter gelegt wurden. Auf die Ergreifung ist eine Belohnung von [illegible] M ausgesetzt worden.

Zwei Pläne zur Erhaltung der Bleag

Wie bereits mitgeteilt, hat sich in letzter Stunde doch noch das **badische Finanzministerium** veranlaßt gesehen, **die Bürgschaft für ein Darlehen der Bad. Lokaleisenbahn-AG.** in Höhe von 100 000 Mark zu übernehmen, wodurch die **Weiterführung der Linie Brötzingen—Busenbach bis zum 1. Dezember ds. Js. sichergestellt** worden ist. Eine dauernde Sanierung der Bleagbahnen im Ganzen und noch der Teilstrecke Busenbach—Brötzingen ist damit selbstverständlich nicht erreicht. Allein diejenigen Stellen, welche eine solche erstreben, hoffen in den nächsten 4 Wochen einen Weg zu finden, der zu diesem Erfolg führt.

Wie wir hören, so schreibt die Freie Presse Pforzheim, werden zwei Wege erwogen. Der eine soll darin bestehen, daß das mit 100 000 M betragende Defizit der Linie Brötzingen—Busenbach durch Beiträge des Staates, des Kreises, der Stadt Pforzheim und der an der Linie Brötzingen—Busenbach liegenden Ortschaften nach einem zu vereinbarenden Schlüssel gedeckt bzw. bezuschußt wird. Der andere Weg soll auf eine **Verpachtung** der Bleagbahnen an eine Privatbahngesellschaft, was selbstredend auch nicht ohne erhebliche Opfer der an der Aufrechterhaltung der Hauptbahnlinie Interessierten abgehen dürfte, hinzielen. Hoffentlich werden diese 100 000 M nicht nutzlos aufgewendet, sondern bilden den Ueberbrückungskredit zu einer Sicherstellung der Bleagbahnen auf längere Zeit. Die Stillegung der Bleagbahnen, zumal in der heutigen Zeit, wäre für weite Kreise der Bevölkerung ein Schicksalschlag von katastrophalen Folgen.

*

Heidelberg. In der Nacht zum Sonntag sind zwischen Leimen und Rohrbach zwei Motorradfahrer schwer verunglückt. Der 28jährige Ingenieur Dörr aus Mannheim war sofort tot, während sein Mitfahrer Emil Wörnz aus Mannheim, ein Installateur, erheblich verletzt wurde.

Langensteinbach. Der Sturm von Sonntag auf **Montag** forderte auch hier seinen Tribut, indem die Masten der Leitung die Reichenbach von Langensteinbach aus mit Strom versorgt, bereits alle umgeknickt wurden, so daß eine Erneuerung derselben notwendig wurde. Reichenbach ist daher schon zwei Tage ohne Licht.

[illegible]ttersbach (Amt Pforzheim). Montag früh 4 Uhr wurde das Gasthaus „Zum Rößle" ein Opfer der Flammen. Das Hauptgebäude brannte vollständig nieder. Die Feuerwehr hatte alle Mühe um ein Uebergreifen des Brandes zu verhindern, das leicht möglich gewesen wäre in Anbetracht des herrschenden Sturmes.

Gengenbach. Das Versuchs- und Lehrgut für Geflügelzucht der Badischen Landwirtschaftskammer, Einbach, wurde letzten Samstag durch den Präsidenten der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft, Exzellenz Dr. v. Websky und Oekonomierat Wiese, Hauptgeschäftsführer der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft, in Begleitung des Präsidenten der Badischen Landwirtschaftskammer, Graf Douglas, einer eingehenden Besichtigung unterzogen. Die Herren äußerten sich sehr befriedigt über die Besichtigung und erwähnten insbesondere lobend die Einfachheit aller Einrichtungen, wodurch die einzelnen Gebäude und Einrichtungen gerade als vorbildlich für die landwirtschaftliche Geflügelzucht betrachtet werden müßten. Gleichfalls konnte die Ueberzeugung mitgenommen werden, daß die vorhandenen kräftigen Zuchthähne und hunderte heute schon voll entwickelter Junghennen auf den üppigen Grasausläufen Gewähr bieten, daß es sich hier um hervorragendes Zuchtmaterial handelt.

Eichholz (Amt Waldshut). In der Frühe des Allerheiligentages brannte eine von 50 Schluchseearbeitern bewohnte Baracke völlig nieder. Die Arbeiter konnten nur das nackte Leben retten. Ihre Habseligkeiten und zum Teil ihre Ersparnisse, darunter namhafte Summen, die in die Tausende gehen, sollen verbrannt sein. Die Ursache des Brandes ist unbekannt.

Waldshut. Infolge des heftigen Sturmes wurde in der vergangenen Nacht ein Motorrad zwischen Albbruck und Hauenstein **die Böschung hinuntergedrückt,** so daß beide Fahrer verletzt liegen blieben. Im Krankenhaus Waldshut ist der Beifahrer Alfred Pfeifer von Etzwihl seinen schweren Verletzungen erlegen, während der Fahrer Adolf Zimmermann von Buch mit schweren Knochenbrüchen darniederliegt.

* **Donaueschingen.** Sonntag vormittag wurde an dem Bahnkörper Donaueschinegn—Aufen ein Mann mit schweren Kopfverletzungen bewußtlos aufgefunden. Der Verunglückte hatte einen Schädelbruch erlitten und ein Knochensplitter war ihm in das Gehirn gedrungen. Wie Ermittlungen ergeben haben, handelt es sich um den verheirateten Magaziner Lehmann von Schwenningen, in dessen Besitz man eine Fahrkarte 2. Klasse Singen—Villingen vorfand. Ohne Angabe von Gründen hatte er sich nach Singen begeben und scheint auf der Rückfahrt von dort aus unbekannten Gründen aus dem Zuge gestürzt zu sein. Der Verunglückte litt an den Folgen eines schon früher erlittenen Gehirndefektes.

Gemeindepolitik

Gemeinderatsbeschlüsse

Söllingen (Sitzung vom 30. Oktober)

Eine Grundstücksschätzung und ein Baugesuch werden verbeschieden. — Es wird Kenntnis genommen von einem Schreiben der Rechtsanwälte Giehne und Rupp, Karlsruhe, in Sachen rückständiger Umlage eines hiesigen Gemeindebürgers. — Die in der außerordentlichen Sitzung des Gemeinderats vom 28. v. M. besprochenen Maßnahmen zur Behebung der Arbeitslosigkeit und die vom Bürgermeister mit dem Arbeitsamt gepflogenen diesbezüglichen Verhandlungen sind erneut Gegenstand der Aussprache im Gemeinderat. Es wird beschlossen, den sogenannten Steidigweg, die Pfinz-, Ritter- und Schillerstraße auszubauen, dem Bürgerausschuß Vorlage in Höhe bis 8000 RM. zu machen und mit dem Arbeitsamt zwecks Kapitalaufnahme in Verhandlungen zu treten. — Der Gemeindehebamme werden die entstandenen Auslagen durch Beteiligung an einem Fachkurs ersetzt. — Auf ein bezirksamtliches Schreiben in einer Fürsorgeangelegenheit bleibt der Gemeinderat bei seinem letztgefaßten Beschluß. — Dem ärztlichen Bezirksverein Durlach wird zu einem Aufklärungsvortrag betreffend Radiumspende des badischen Volkes der Rathaussaal zur Verfügung gestellt. — Eine Krankenhauskostenfrage wird vorerst zurückgestellt. — Der Gemeinderat nimmt in zustimmendem Sinne Kenntnis von dem vom Forstamt vorgelegten Kulturplan fürs Jahr 1931 und 1932 in Höhe von 4200 RM. — Metzgermeister Bühler-Durlach erhält bei dem im Submissionswege veräußerten Zuchtfarren den Zuschlag mit 615 RM. — Auf nächsten Mittwoch, den 5. November, abends 8 Uhr, wird der Bürgerausschuß zu einer Sitzung berufen.

Oppenau (Sitzung vom 30. Oktober)

Ein Baugesuch bleibt unbeanstandet. — Mit Postschaffner Georg Traver wird für das ihm gewährte Bauförderdarleben Vertrag nach Entwurf abgeschlossen. — Eine Beschwerde gegen die Veranlagung zur Gebäudesondersteuer wird entschieden. — Die Zeit für die Offenlegung der Wählerkarteien zur Gemeindewahl wird auf Vorschlag auf die Woche von 2. bis 9. November festgesetzt. — Der Wahlausschuß wird für ein wegziehendes Mitglied ergänzt. — Das verkaufsbereite Nutz- und Brennholz aus dem Kniebiswald ist zum freihändigen Verkauf auszuschreiben. — Ein Gesuch um Erstattung von Gewerbeertragssteuer wird verbeschieden, ebenso ein solches um Erlassung von Vergnügungssteuer. — Mit Schlüsselwirt Braxmaier ist wegen Ueberlassung des zur Erbohrung der Mineralquelle auf seinem Eigentum notwendigen Geländes eine Einigung zustande gekommen. Herr Braxmaier tritt das Eigentum an der Quelle mit etwa 150 bis 200 Quadratmeter Gelände zu einem Preise ab, der sich nach dem Quadratmeter errechnet und für den Quadratmeter 5 RM. beträgt. Kaufvertag ist mit der aufschiebenden Bedingung abzuschließen, daß die Bohrung Erfolg hat. Der Gemeinderat wäre nicht abgeneigt, die Bohrung der Firma Keller in Renchen zu übertragen, wenn diese ihr Angebot noch in einigen Punkten ergänzt bzw. ändert. Darum ist zu ersuchen. Vorlage an den Bürgerausschuß ist vor endgültiger Entschließung zu erstatten.

Man sagt: „Wer Milchkathreiner⁺ trinkt, der ißt!"
– mit Recht, denn Milchkathreiner ist viermal nahrhafter als Fleischbrühe!
So lehrt es jetzt die Ernährungswissenschaft!

⁺Diese Mischung: halb Milch, halb recht starker Kathreiner wird jetzt von unseren Ärzten viel empfohlen!

1844

Hohenwettersbach

Das Weidenerträgnis vom Siedlungsbaugelände wird dem Gottfried Füßle zu seinem Angebot überlassen. — Kenntnis genommen wird von einer Verfügung des Bezirksrats, daß an den Feldhüter keine Anzeigegebühren mehr bezahlt werden dürfen. — Die Wahlkommission zur Gemeindewahl am 16. November wird bestimmt. Als Wahlvorsteher fungiert Bürgermeister Martin, als Stellvertreter Gemeinderat Lust. Die Wahlzeit wird von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 5 Uhr festgelegt. — Für die Grenzbesichtigung werden 6 Tage vorgesehen. — Die Versteigerung des Wegführens des Bachausbubs für 20 RM. wird genehmigt. — Das Beiführen von ca. 750 Zentner Schottersteine an den Brüchlesweg wird dem Johann Boch zu seinem Angebot übertragen. — Zwei Gesuche wegen Erlassung der Gemeindesondersteuer werden abgelehnt. — Einem Antrag der Gartenwegbewohner wegen Anbringung einer Straßenlampe wird entsprochen. — Wegen Durchführung der Radiumspende des badischen Volkes zur Bekämpfung des Krebses wird ein Ausschuß bestimmt. — Zur Gemeindewahl sind je zwei gültige Vorschlagslisten eingereicht worden, und zwar von der Sozialdemokratischen Partei und der Bauernpartei.

Berghaupten

Für die Farren ist ein Wagen Sägmehl zu beschaffen; die Anfuhr wurde in Auftrag gegeben. — Die Schaffung eines weiteren Kehrbezirks im Amtsbezirk Offenburg wird abgelehnt. — Der Gemeindevoranschlag für das Rechnungsjahr 1930/31 wird genehmigt; es sollen 90 Pfg. Umlage und 10 Pfg. Kreissteuer erhoben werden. — Für das Rechnungsjahr 1929 sind 10 Pfg. Kreissteuer nachzuerheben. — Vom Sauerstein sollen 40 Kubikmeter Flickschotter beschafft werden. — Zugunsten der Tuberkulosenfürsorge sind 100 Stück 15 Pfennig-Wohlfahrtsbriefmarken zu beschaffen. — Bezüglich Erstellen einer Stützmauer am Talbach soll zur Abgabe von Angeboten aufgefordert werden. — Das Fabrikgebäude Merklinger soll auf Abbruch versteigert werden. — Die Taxe für Erstellen von Gräbern für Erwachsene wird ab 1. November 1930 von 8 auf 10 RM. und für gekaufte Plätze von 10 auf 12 RM. erhöht; die Gemeinde bezahlt aber anteilig für gekaufte Plätze nur 5 RM. — Dem Parl Zapf, Bottenbach, wird für das Halten eines Ebers im Jahr 1930 eine einmalige Entschädigung von 40 RM. bewilligt. — Bezüglich Fürsorge für ausgesteuerte Arbeitslose soll dem Badischen Landtag ein Gesuch vorgelegt werden. — Ein freigewordenes Ackergrundstück wurde weiterverpachtet.

Gewerkschaftliches

Einschränkung im Werkstättendienst der Reichsbahndirektion Karlsruhe

Von der Reichsbahndirektion Karlsruhe wird uns geschrieben:

In Erwiderung auf die Ausführungen in Nr. 251 vom 28. Oktober „Reichsbahn und Arbeitslosigkeit" teilen wir mit:

Die Reichsbahndirektion Karlsruhe hat mit den beteiligten Gewerkschaften eine Vereinbarung getroffen, wonach zur Vermeidung der Durchführung der Kündigungen von Arbeitern in den Reichsbahnausbesserungswerken nunmehr Feierschichten in den Bahnbetriebswerken durchzuführen sind. — Die Kündigung ist seiner Zeit deswegen notwendig geworden, weil bei Durchführung des letzten Abbaues in den Werkstätten mit einem durchschnittlichen Krankenstand gerechnet wurde, der erheblich über dem tatsächlichen Stand lag. Man wollte mit der ausgesprochenen Kündigung nur so viele Arbeiter entlassen, als dies mit Rücksicht auf den Sollstand unbedingt erforderlich war.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Die inzwischen nach der Ostsee weitergezogene Sturmzyklone beherrscht noch immer unsere Witterung. Die Winde haben zwar vorübergehend stark abgeflaut, werden aber zeitweilig wieder auffrischen. Im übrigen ist es kühler geworden, da Kaltluft von der Rückseite des Tiefes nach dem Festland vorgestoßen ist. Im Gebirge ist ab 700 Meter wieder Schnee gefallen, die Schneedecke ist aber noch sehr gering.

Voraussichtliche Witterung für Mittwoch, den 5. November: Fortdauer der unbeständigen kühlen Witterung, zeitweise Regenschauer, im Gebirge Schneefälle bei leichtem Frost, zeitweise auffrischende West- und Südwestwinde.

Wasserstand des Rheins

Basel 190, gest. 32; Waldshut 360, gest. 40; Schusterinsel 257, gest. 61; Kehl 367, gest. 33; Maxau 556, gest. 23; Mannheim 481, gest. 24 Zentimeter.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Todesfälle und Beerdigungszeiten. 29. Oktober: Konrad Dürrschnabel, Ehemann, Handelsmann, alt 51 Jahre (Neuburgweier). — 30. Oktober: Charlotte Meier, alt 65 Jahre, ledig, ohne Beruf. — 31. Oktober: Gustav Greule, ledig, Modellschreiner, alt 33 Jahre (Ettlingen). Marie Dreyfuß, alt 77 Jahre, Witwe von Theodor Dreyfuß, Kaufmann. Theodor Andres, Ehemann, Masseur, alt 64 Jahre (Ladenburg). — 1. November: Genoveva Piotrowski, alt 84 Jahre, Witwe von Franz Piotrowski, Zimmermann. Willo Senft, ledig, ohne Beruf, alt 21 Jahre. August Bauermeister, Ehemann, Oberpostschaffner a. D., alt 72 Jahre (Mühlburg). Leopold Braun, Ehemann, Lokomotivführer, alt 56 Jahre. — 2. November: Margarete Emilie Schneider, alt 39 Jahre, Ehefrau von Paul Schneider, Schriftsetzer. Feuerbestattung am 4. November, 14 Uhr. Eduard, alt 12 Jahre, Vater Karl Gehrlein, Korbmacher (Neupfotz). — 3. November: Emma Hufter, alt 67 Jahre, Witwe von Adam Hufter, Eisenbahnschaffner. Beerdigung am 5. November, 13.30 Uhr. Rosa Speck, alt 74 Jahre, Witwe von Theobald Speck, Lokomotivführer. Beerdigung am 5. November, 14 Uhr. Christine Degen, alt 85 Jahre, Witwe von Hermann Degen, Straßenwart. Beerdigung am 5. November, 14.30 Uhr.

Veranstaltungen

Dienstag, 4. November 1930:

Bad. Landestheater: Die Bohème. 20 Uhr.
Colosseum: Hollywood. 20 Uhr.
Atlantik-Lichtspiele: Show Boat. Das Komödiantenschiff.
Union-Theater: Mensch und Tier im Urwald.
Palast-Lichtspiele: Komm zu mir zum Rendez-Vous.
Residenz-Lichtspiele: Dreyfus.
Schauburg: Die unvollkommene Ehe.
Gloria-Palast: Liebesparade (Tonfilm).

Vereinsanzeiger

Karlsruhe

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltungsstelle Karlsruhe. Mitgliederversammlung der arbeitslosen Kollegen heute Dienstag, 4 November, nachmittags 3 Uhr, im Volkshaus, Schützenstraße 16. Fortsetzung der am 28. Oktober vertagten Versammlung und Aussprache. Ohne Mitgliedsbuch oder genügenden sonstigen Ausweis keinen Zutritt. 6979 Der Vorstand.

Lassallia. Heute abend 8 Uhr Singstunde. 6987

Rüppurr. Naturfreunde. Heute abend 8 Uhr **Monatsversammlung mit Lichtbildervortrag:** Naturschönheiten am Bodensee, im Kindergarten. Die Mitglieder und Parteigenossen werden ersucht, zahlreich zu erscheinen. 6974

Die altbekannte Firma „Hermes ärztliches Institut für orthopädische Bruchbehandlung hält in den nächsten Tagen ihre bekannten Sprechstunden ab und zwar in Karlsruhe, Rastatt, Baden-Baden, Kehl, Pforzheim und Bruchsal. Näheres siehe Anzeige in der heutigen Ausgabe.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Die Eroberung des Rathauses

Der Kampf um den Gemeindebetrieb

Der Sinn der kommunalen Regie

Im Mittelpunkt des Kampfes um die Gemeindeparlamente steht ohne Zweifel die kommunale Wirtschaft. Man kann ruhig sagen, daß es bei der Wahl am 16. November nicht zuletzt auch um den Gedanken der städtischen Regie geht. In den letzten Tagen hat man nun viel Gutes und viel Böses über den Gemeindebetrieb gehört. Um so notwendiger ist es, einmal leidenschaftslos festzustellen, welche Rolle der Gemeindebetrieb in unserer Wirtschaft spielt.

Heute entfallen ungefähr 85 Prozent der gesamten Wasserabgabe auf die kommunalen Wasserwerke und etwa 50 Prozent der Stromerzeugung auf die kommunale Elektrizitätswirtschaft. Von insgesamt 259 Bahnbetrieben in Städten mit mehr als 20 000 Einwohnern befinden sich nur noch 29, zumeist kleineren Umfangs, in reinem Privatbesitz. Die deutschen Kleinbahnen sind bis zu einem Drittel Besitz von Kommunen. Von 35 größeren deutschen Rheinhäfen gehören nicht weniger als 25 den Gemeinden. Rund ein Viertel der gesamten deutschen Spareinlagen werden städtischen Sparkassen anvertraut. Mit städtischen Wohnbaumitteln wurden 91 Prozent aller seit der Kriegszeit erstellten Wohnungen finanziert. Der städtische Betrieb liefert den Gemeinden zu einem großen Teil die Mittel. Sie kann sich schon sehen lassen, die städtische Wirtschaft.

Die kommunale Regie ist nicht nur ein Wirtschaftsfaktor allerersten Ranges, sondern auch ein Faktor von eminent sozialer Bedeutung.

Die Regie ist auch Bahnbrecher für eine andere Auffassung von den Wirtschaftsdingen, wenn man will; die Vorkämpferin für eine bessere Wirtschaftsideologie und für ein besseres Wirtschaftsethos. Bei der städtischen Regie finden wir weitschauende gemeinwirtschaftliche Einstellung. Es ist schon richtig, wenn vor kurzem in einer wissenschaftlichen Preisarbeit (Jürgen Brand: Wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand, Verlag Fischer, Jena) folgendes Bild von der öffentlichen Wirtschaft gegeben wurde: „Die privaten und meist auch die gemischt-wirtschaftlichen Unternehmungen verfolgen Gewinnabsichten, sind von privatwirtschaftlichen Rentabilitätsrücksichten beherrscht und verfolgen das Ziel, bei hohen Preisen Erträge oder Renten in privatwirtschaftlichem Sinn abzuwerfen. Die öffentlichen Unternehmungen dagegen können wohl der Form nach Erwerbsgebilde sein und auf Ertrag aufgebaut sein; sie sind aber dem Wesen nach Veranstaltungen zur Bedarfsdeckung unter **Verzicht auf eine privatwirtschaftliche Rente** und verfolgen das Ziel, bei **niedrigen Preisen** eine reichere Versorgung herbeizuführen und dadurch der Gemeinwirtschaft zu dienen.

Es steht also der Dienstwille dem Rentenwillen gegenüber.

Weil in der Kommunalwirtschaft am deutlichsten ein neues Wirtschaftsprinzip und eine neue Wirtschaftsgesinnung zum Ausdruck kommen, wendet sich der Hauptangriff des Großkapitals gegen den Gedanken der städtischen Regie. Die Privatwirtschaft hat nun im Laufe der Zeit ihre Stellungnahme gegenüber der Wirtschaftsbetätigung der öffentlichen Körperschaft bzw. der Gemeinde verschiedenlich geändert. Die allerprompteste Auffassung, die öffentlichen Körperschaften sollten nur die **Zuschußbetriebe** übernehmen und alle Erwerbsunternehmungen der Privatwirtschaft überlassen, wird heute ernsthaft kaum noch vertreten. Wenn kürzlich Vertreter der Rechtsparteien in Preußen ein Verbot gegen Neuerrichtung wirtschaftlicher Betriebe in den Gemeinden forderten, hat das wohl in der weiten Oeffentlichkeit ein Lächeln des Mitleids hervorgerufen; ernsthafte Wirtschaftspraktiker und Wirtschaftstheoretiker ziehen es vor, nicht in die Nähe und in die Gemeinschaft von Leuten wie dem Wirtschaftsparteiler Ludendorff zu gelangen, die solche Forderungen noch immer vertreten oder wenigstens so tun. So nahmen beispielsweise die Spitzenverbände der Wirtschaft im Jahre 1926 eine Resolution an, in der Verzicht der Gemeinden auf ein weiteres Vordringen und Aufgabe derjenigen Wirtschaftsbetätigung gefordert wird, mit der die öffentliche Wirtschaft unmittelbar in Konkurrenz mit den privaten Firmen tritt. Wir haben wohl schon mehrfach darauf hingewiesen, daß der öffentliche Betrieb, der nach der Darstellung der bürgerlichen Presse nur unwirtschaftlich arbeitet, wirklich keine Konkurrenz für den privaten Betrieb sein kann, sofern die Darstellung dieser Preise zutrifft. Die Wirtschaft hat aber auch an der obenerwähnten Resolution nicht festgehalten. So ging z. B. die Forderung, die von der deutschen Gruppe der internationalen Handelskammer auf der Amsterdamer Tagung aufgestellt wurde, nicht so weit. Sie hat folgenden Wortlaut:

„Mit einem großen Teil der vorhandenen Wirtschaftsbetätigung der öffentlichen Hand könne sich die Privatwirtschaft unter gewissen Voraussetzungen (steuerliche und sonstige Gleichstellung. Die Red.) abfinden, aber die Tendenz, die wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand über das wirtschaftshistorisch und durch das wirkliche Staatsinteresse gegebene Maß noch weiter auszudehnen, muß grundsätzlich bekämpft werden."

Auch diese Einengung ist für die Sozialdemokratie und die arbeitenden Massen aus politischen und sozialen Gründen **unannehmbar.** Wir werden uns auch nie mit dem von bürgerlichen Kommunalpolitikern häufig geäußerten Gedanken befreunden, das Arbeitsgebiet zwischen öffentlicher und privater Wirtschaft grundsätzlich oder auf empirischem Wege aufzuteilen.

Hier scheidet sich eben der Weg des Sozialisten von dem des bürgerlichen Kommunalpolitikers.

In der Frage der Kommunalbetriebe und seiner organischen Weiterentwicklung vertritt der Sozialist gegenüber der Profitwirtschaft eine bessere Wirtschaftsverfassung, ein höheres Wirtschaftsethos und das soziale Prinzip. Grenzen zwischen privater und öffentlicher Wirtschaft lassen sich von vornherein nicht abstecken. **Massenbedarf** ist nämlich für den Vertreter der kapitalistischen Wirtschaftsanschauung ein **Ausbeutungsobjekt;** die Befriedigung dieses Bedarfs tritt gegenüber dem Profit zurück. Das Profitinteresse ist ausschlaggebend. Für den Kapitalismus kommt zuerst die Dividende in Betracht, dann der Mensch, seine Bedürfnisse und deren Befriedigung. Der Sozialist stellt seine Wirtschaftsbetätigung nicht auf Profit, sondern auf die Bedürfnisbefriedigung ein. Er wird ständig danach streben, den Massenbedarf auf kollektivem Wege zu decken. Der kollektive Weg ist aber der billigste Weg. Vom Gemeindebetrieb wird mit der wachsenden politischen Macht der Arbeiterklasse eine **neue Wirtschaftsaufstellung ausgehen** und unsere gesamte Wirtschaft mit gemeinwirtschaftlichem Geist erfüllen. Das bedeutet Erhöhung des Wohlstandes, Abschaffung der Lohnausbeutung und Ersetzung der kapitalistischen Wirtschaftsautokratie durch Wirtschaftsdemokratie.

Darum geht es am 16. November!

Deshalb ist es unsere Pflicht, **für die sozialdemokratische Liste** in den Gemeinden zu stimmen.

Das auswechselbare Programm der Nationalsozialisten

Wie urteilt die nationalsozialistische Führerschaft über den simplen Arbeiter, der den Nazis nachläuft:

„. . . Wenn heute ein Obersekretär von seinen RM. 300.— Gehalt sich das monatliche Schulgeld für seinen Sohn abspart, dann ist das eine private Kulturtat, die letzten Endes dem Staat und damit der Gesamtheit zugute kommt. **Der marxistische Arbeiter könnte sich dieselben Mittel ersparen, wenn er dazu die Veranlagung, nicht nur den Selbsterhaltungstrieb, sondern den Entwicklungstrieb hätte!"**

So der Nationalsozialist
Adolf Mühr, Redakteur

Nationalsozialistische „Kultur"

Die Nationalsozialisten machen immer in der Weise von sich reden, daß sie behaupten, sie wollten Deutschland einer neuen Kultur entgegenführen. Wie diese Kultur aussehen wird, dafür legte in der Stadtverordnetensitzung in Leipzig der **nationalsozialistische Stadtverordnete Rechtsanwalt Dr. Schnaus** ein bezeichnendes Beispiel ab. Bei einer Debatte rief er dem Kommunisten Schmidt zu: „Dir haben se wohl ins Gehirn geschissen und darin rumgerührt!" Mit diesem Ausspruch, der verrät, wie weit die Bildung eines Akademikers gehen kann, haben die Nationalsozialisten sicher die Anwartschaft errungen, **Träger einer neuen Kultur in Deutschland zu sein.** Ein Sozialdemokrat machte nach dieser Aeußerung den treffenden Zwischenruf: „Die Gosse hat das Wort!" Dieser gossenhafte Ausruf des Nationalsozialisten rief mit Recht Empörung im ganzen Kollegium hervor, was zur Folge hatte, daß der Aeltestenausschuß den Ausschluß dieses „gebildeten Akademikers" von der nächsten Sitzung beschloß. Der Vorstand des sächsischen Anwaltsvereins hat ein Ausschlußverfahren gegen diese Zierde des Anwaltsstandes eingeleitet. Von den Nationalsozialisten ist aber nicht bekannt geworden, daß sie irgendwas gegen Dr. Schnaus unternommen haben, sodaß von ihnen zu erwarten steht, daß ihm dieselbe Einschätzung zuteil wird, die dem Reichstagsabgeordneten Straßer, den sie in öffentlichen Versammlungsankündigungen als den „Schrecken des Reichstages" bezeichnen. Vielleicht preisen sie Dr. Schnaus als den typischen Vertreter nationalsozialistischer Kultur und produktiver faschistischer Gemeindepolitik an.

Die Volkspartei verzweifelt selbst am kapitalistischen System!

Warum also gegen den Marxismus?

„. . Die gegenwärtige Weltkrisis, die namentlich auf den europäischen Völkern so unendlich schwer lastet und ständig neue soziale Spannungen erzeugt, zeigt an vielen Merkmalen den Widersinn der kapitalistischen Entwicklung seit ihrem Ausgangspunkt vor 100 Jahren. . ."

„. . Nein, an diese Wirtschaftsordnung glauben wir nicht mehr, glauben auch jene nicht mehr, die Kapitäne der Wirtschaft sind und ihre Führer zu sein vermeinen! . ."

„. . Das sind die Zeichen der Zeit, die wir erkennen müssen. Werden sich die deutschen Parteien im kommenden Wahlkampf ihrer bewußt sein? Man möchte es füglich bezweifeln. . ."

So stand es in der „Neuen Mannheimer Zeitung" am 26. Juli 1930 zu lesen. In dem gleichen Blatte, das jetzt wieder für das Bankerottensystem wirbt!

„Taktische Wendung" der KPD in der Kommunalpolitik

Der kommunistische Parteitag in Berlin-Wedding hat in [illegible] wirkung der taktischen Wendung des 6. Weltkongresses auf [illegible] Kommunalpolitik der KPD. eine Resolution angenommen, die [illegible] Kommunisten in den Gemeindeparlamenten eine in die Hände [illegible] besitzenden Bürger- und Bauerntums arbeitende Politik betr[illegible] Zur Begründung der „taktischen Wendung" der KPD. in der K[illegible] munalpolitik wird in der Entschließung von einer „Dritten Pe[illegible] der Nachkriegszeit" phantasiert, die sich kennzeichnen soll durch [illegible] schärften Konkurrenzkampf, Absinken der Konjunktur, M[illegible] beitslosigkeit, heftige Wirtschaftskämpfe, scharfer Linksruck [illegible] Massen, neue Offensive des Trustkapitals, Vorbereitung [illegible] neuen Krieges, Uebergang zum Sozialfaschismus".

Weiter wird von dem „Verwachsen der SPD.-Führung [illegible] reaktionären Bürokratie" fabuliert und mit frecher Lügenhaftigkeit [illegible] hauptet: „Die SPD.-Bürokratie in den Ländern und Gemeinden [illegible] machte nicht nur den sozialreaktionären Kurs widerstandslos [illegible] sie trat bei der Auslieferung der kommunalen Unternehmungen [illegible] das Privatkapital direkt führend auf." Jedes Wort der Zurückweisung ist in diesen Spalten vorläufig überflüssig.

Das aus Lüge und Unlogik konstruierte theoretische Gebäude, dessen Gedankenpfeiler oben skizziert sind, liefert nun die Begründung zu der neuen kommunistischen Taktik in der Kommunalpolitik. Zunächst wird festgelegt, daß die **Ablehnung des Komm[illegible] etats** mit politischer Begründung zu erfolgen hat mit den sch[illegible] ten Hieben gegen die SPD. Ueber die kommunistische Taktik [illegible] der **Verabschiedung der Haushaltpläne** der Gemeinden [illegible] Entschließung:

„In den **kleinbürgerlichen Landgemeinden und den Ar[illegible] wohngemeinden** (Industriedörfern) ohne eigene leitende [illegible] tungsbürokratie, wo die Gemeindeverwaltung noch unmittelbar [illegible] dem Druck der arbeitenden Einwohnerschaft berührt wird, [illegible] **Erledigung der Etatsfrage** gegenüber Kleinbauern, par[illegible] oder SPD.-Arbeitern, bei entsprechenden Mehrheitsverhältnissen [illegible] **als eine taktische Angelegenheit** zu behandeln. Die prol[illegible] Umgestaltung des Etats und seine Durchsetzung auch gegen [illegible] griffe der staatlichen Verwaltungsbürokratie muß durch die [illegible] teste Mobilisierung der werktätigen Einwohnerschaft energisch [illegible] trieben werden. Bei der **Stellungnahme vor der werktätigen [illegible] wohnerschaft** müssen die kommunistischen Anschauungen [illegible] den kapitalistischen Parteien und ihrem Staat klar herausgestellt werden. Durch diese politische Auseinandersetzung [illegible] gleichzeitige Behandlung örtlicher Forderungen muß die [illegible] dung über den Gemeindeetat planmäßig in der Einwohnerschaft [illegible] vorbereitet werden. **Es kommt darauf an, in der werktätigen [illegible] wohnerschaft die falschen Vorstellungen über sogenannte [illegible] mehrheiten in den Gemeindeparlamenten zu überwinden** und [illegible] Klarheit darüber zu schaffen, warum die Kommunisten jede [illegible] völlig in ihrem proletarischen Sinne umgestalteten Gemeindeetats ablehnen.

In Ausnahmefällen, wo nach Durchführung einer solchen [illegible] arbeit in einer kleinen Gemeinde eine besondere Kampfsituation [illegible] entsteht, ist die **Entscheidung durch die Bezirksleitung zu [illegible]**

Die Frage der **Zustimmung zum Kommunaletat,** auf Grund [illegible] proletarischen Umgestaltung des Etats, kann **nur noch bei [illegible] nistisch geführter Verwaltung** gestellt werden. Dabei ist [illegible] aber in Gemeinden mit kommunistischer Mehrheit und Verwaltung [illegible] proletarische Umgestaltung des Etats und der Kampf um [illegible] Durchsetzung auch gegen die staatliche Verwaltungsbürokratie [illegible] breitesten Mobilisierung der Massen, zum Kampf gegen den [illegible] talistischen Staatsapparat und der Gemeinden als einen Teil [illegible] ses Apparates weitgehend auszunutzen."

Die kommunistischen Gemeindevertreter müssen nach der [illegible] schließung auch überall dort, wo Linksmehrheiten vorhanden [illegible] und der Haushaltsplan unter Berücksichtigung der Finanzlage [illegible] Gemeinden und im Rahmen der Gesetzgebung sozial und [illegible] im Interesse der werktätigen Bevölkerung gestaltet worden [illegible] gegen stimmen und damit beitragen, daß für die Arbeiterschaft [illegible] günstigere Haushaltspläne zustande kommen. Das viele [illegible] der Kommunisten nach Ausnutzung der Arbeitermehrheiten [illegible] Gemeindeparlamenten entpuppt sich nach in der Entschließung [illegible] haltenen Moskauer Befehlen als ein entgegengesetztes [illegible] wie es übrigens schon bisher üblich war. Die Sozialdemokratie [illegible] dafür sorgen, daß die „falschen Vorstellungen" der Kommunisten [illegible] über die Arbeitermehrheiten beim Wahlkampf den Gemeindeparlamenten gern zum Verständnis gebracht werden.

Stellen die Beamten eigene Kandidaten auf?

Aus **Wolfach** im Kinzigtal wird gemeldet, daß sich unter [illegible] 6 Listen der Parteien und Vereinigungen auch eine Liste [illegible] dischen Beamtenbundes befindet. Wenn das richtig ist, so [illegible] wir, wenn auch in letzter Stunde, vor einem solchen Vorgehen [illegible] Beamten warnen.

Das Wolfacher Beispiel würde gewiß nicht vereinzelt [illegible] auch bei der letzten Gemeindewahl im Jahre 1928 traten in [illegible] reren, besonders kleineren Städten die Beamten mit einer [illegible] deren Liste hervor. Wir fragen: Weshalb? Es wird [illegible] den Beamten ihr kommunalpolitisches Recht, sich für [illegible] Kandidaten zu entscheiden, bestreiten. Dieses Recht ist [illegible] badischen Gemeindeordnung festgelegt. Mit Hilfe der [illegible] demokratie ist auch den Kommunalbeametn das Recht [illegible] Gemeindeverordnete, Gemeinderäte, Stadtverordnete und [illegible] räte zu werden. Dieses Recht bestand früher nicht und [illegible] ruhig hinzugefügt werden, es gibt auch Kreise, welche daran [illegible] stoß nehmen. Umsomehr sollte sich die Beamtenschaft nicht [illegible] mäßig abschließen, die Zahl der sogenannten Interessenvertretungen nicht vermehren und keinen Beitrag zur bedauerlichen Zersplitterung unseres Parteiwesens herbeibringen.

In der Zeit der gegenwärtigen Krise, von welcher [illegible] die Arbeiterschaft ungemein schwer betroffen wird, [illegible] der Beamte sich hüten, sich abzukapseln, lediglich für seine [illegible] Interessen zu fechten und der allgemein herrschenden, den Beamten nicht gerade günstigen Auffassung über das Beamtentum [illegible] überhaupt neues Material zuzuführen. Es gibt z. Zt. in den Gemeindeparlamenten weiß Gott wichtigere Probleme [illegible] als nur Beamtenfragen. Treten die Mitglieder des badischen Beamtenbundes mit eigenen Listen hervor — die Mitglieder des allgemeinen deutschen Beamtenbundes denken garnicht daran — dann brauchen sie sich nicht zu wundern, wenn über ein solches Vorgehen allgemeine Empörung herrscht.

Groß-Karlsruhe

Geschichtskalender

4. November. 1847 †Komponist Mendelssohn-Bartholdy. — 1905 †Sozialistischer Dichter K. Müller-Jahnke. — 1918 Wandsbecker Husaren schließen sich der Revolution an. — 1918 Polen wird Republik. — 1922 Großer Bergarbeiterstreik in Polen. — 1924 Rücktritt Macdonalds. Baldwin f. — 1924 Coolidge Präsident der Vereinigten Staaten.

Die Reichsbahn bietet Erleichterungen im Wochenend- und Ausflugsverkehr

Die Reichsbahndirektion Karlsruhe hat seit dem 4. Oktober zwei beachtliche Neuerungen im Wochenend- und Ausflugsverkehr eingeführt, die sich aller Voraussicht nach in der Praxis gut bewähren dürften und für Touristen und Reisende große Erleichterungen bedeuten. Die Gültigkeitsdauer der Sonntagsrückfahrkarten, die bisher nur zur Rückreise am nächsten, spätestens übernächsten Tage (Montag vor 9 Uhr) berechtigten, wird bereits zur Rückfahrt auch an Samstagen erweitert. Dazu kommt versuchsweise die Einführung von Ausflugsrückfahrkarten, die mit der gleichen Ermäßigung wie die Sonntagsrückfahrkaerten (33⅓ Prozent) am Mittwoch-Nachmittagen ausgegeben werden. Sie bieten Gelegenheit, von größeren Städten nach naheliegenden Erholungsorten zu reisen, aber nicht umgekehrt.

Wie uns der Karlsruher Verkehrsverein mitteilt, sind für die Bahnhöfe von Karlsruhe und Karlsruhe-Mühlburg folgende Zielbahnhöfe für Mittwochsfahrkarten vorgesehen: Achern, Annweiler oder Klingenmünster oder Bergzabern, Baden-Baden, Baiersbronn über Raumünzach, Bergzabern über Maxau, Bretten oder Königsbach, Bruchsal, Bühl (Baden) oder Baden-Baden, Forbach-Gausbach oder Baden-Baden, Freudenstadt über Raumünzach, Gernsbach oder Baden-Baden, Heidelberg, Malsch, Maxau, Offenburg, Pforzheim, Rastatt, Raumünzach oder Achern oder Baden-Baden oder Wildbad, Schönmünzach, Schwetzingen, Speyer Hauptbahnhof über Maxau, Speyer Hauptbahnof über Bruchsal oder Graben-Neudorf, Steinbach oder Baden-Baden.

Braucht ein Sozialist Religion?

Ueber obiges Thema sprach vergangenen Donnerstag Gen. Arbeitersekretär Erb bei den religiösen Sozialisten. Die Versammlung war sehr gut besucht und zeigte, daß gerade das Proletariat das größte Interesse an Weltanschauungsfragen hat. Gen. Erb führte zunächst die Gründe an, warum man in den Kreisen der Arbeiterschaft allen religiösen Fragen mißtrauisch gegenübersteht. Die Schule mit ihrem Zwang, sowie das Elternhaus geben dem Kinde oft recht naive religiöse Vorstellungen. Ist dann der junge Mensch der Schule entwachsen, so findet er in der Wirklichkeit des Lebens eine ganz andere Welt, als sie ihm bisher gelehrt wurde. Er sieht, daß der „tüchtige Geschäftsmann lügen muß, wenn er vorwärts kommen will; er blickt hinter die Kulisse und entdeckt überall einen brutalen Egoismus. Dabei beobachtet er, daß die Kirche ihm und seinen Klassengenossen in dem Kampf um eine gerechte Ordnung nicht helfen kann oder nicht will, und so wirft er enttäuscht alle religiösen Verstellungen über Bord. Auch die Naturwissenschaft zwingt den jungen Menschen zum Nachdenken und zeigt ihm eine unüberbrückbare Kluft zwischen seinen primitiven religiösen Vorstellungen und ihrer Erkenntnis. Nichts ist ihm geblieben, als das Suchen nach Wahrheit und Gerechtigkeit. So schließt er sich mit seinen Klassengenossen zusammen und findet in der Partei und der Gewerkschaft eine Stätte, wo er für eine Besserung seiner Lage arbeiten kann.

Gen. Erb gab da Antwort auf die Frage: „Was ist nun wahre Religion?“ Aus seinem reichen Wissen zeigte er, wie sich die größten Denker der Menschheit zur dieser Frage gestellt haben. Wenn die Partei die Religion als Privatsache erklärt, so meint sie damit lediglich die Konfession, die Zugehörigkeit zu irgend einer religiösen Gemeinschaft. Konfession aber hat mit wahrer Religion nichts zu tun. Diese bedeutet Streben nach dem Guten und tätige Nächstenliebe. Sie kann der Partei nicht gleichgültig sein. Wie die Geschichte des Sozialismus ein Kampf für die Entrechteten ist, so muß gerade von jedem Sozialisten verlangt werden, daß er sich für diese Ideale einsetzt. Beweisen und Erklären läßt sich das Wesen der Religion nicht. Es ist Glauben, Suchen und Ahnen, letztes persönliches Erleben.

Der Materialismus allein wird den Menschen niemals befriedigen. Wie im Samenkorn der Drang zum Wachsen steckt, so liegt in jeder Seele die Sehnsucht zu einem höheren Menschentum. Jeder Mensch hat Stunden, wo er sich Rechenschaft geben muß, ob er seine Bestimmung erfüllt, ob er seinem Leben einen Sinn gegeben hat. So kann ein Sozialist aus Religion heute den kirchlichen Gemeinschaften den Rücken kehren, oder in ihnen für ihre Erneuerung kämpfen. Fragen, über die jeder Parteigenosse selbst zu entscheiden hat. Aber sterben wird die Religion niemals und auch ein Sozialist kann sich nur bejahend zu jeder Betätigung echten religiösen Lebens einstellen.

In der Aussprache sprach auch ein Vertreter der Freidenker. Er führte aus, daß religiöse Sozialisten und proletarische Freidenker sich in vielen Punkten berühren und daß Gen. Erb diesen Vortrag auch bei den Freidenkern hätte halten können. Es ist zu hoffen, daß im kommenden Winter Vertreter beider Anschauungen Gelegenheit finden, sich auszusprechen.

Hollywood-Schau im Colosseum

Einen guten Zug hat die Colosseumsdirektion mit der Hollywood-Schau gemacht, die bis 15. November die Karlsruher Kleinkunstbühne-Liebhaber aufs beste zu unterhalten in der Lage ist. Etwas amerikanisches drückt der interessanten Schau die Signatur auf, hauptsächlich das Tempo, das ja auch in Europa sich breit macht, zeigt sich in besonderem Gepräge. In 28 Bildern, äußerst bunt, abwechslungsreich, frappierende Kostüme, hübsche Tänze, alles bestes Amüsement bietend, rollt die Schau ab. Alfred Jansen als Conferencier und Witzeerzähler versteht gleich bei der Eröffnung den Kontakt zwischen Bühnenvolk und Publikum herzustellen. Man wird sofort „warm“. Und wenn dann gar die schmissigen Jazzweisen der amerikanischen Kapelle, der Hollywood-Syncopaters die Ohren umschmeicheln, da ist die denkbar beste Stimmung vorhanden. Delikate Genüsse bieten die 8 Hollywood-Girls mit ihren hübschen Tanzvorführungen, wobei die deutschen Tänze „Walzerklänge“ und „Frühlingserwachen“ Höhepunkte bilden und Begeisterung hervorrufen. Nicht minder aber auch die Twin Sisters mit ihren reizenden Tanzkünste. Allzu spaßig sind ie Darbietungen des „Neger“-Humoristen Dan Reeves und der „Riesendame“ Emi Lee, ein Männertyp von großen Dimensionen. Besonders die urkomischen tanzlichen Vorführungen erzeugen Lachsalven auf Lachsalven. Jack Whitemore ist ebenfalls als hervorragender Vertreter der Tanzkunst anzusprechen. Besondere Anerkennung verdienen auch Four dancing Dolls, sowie Dela Swojen, letztere als betrunkener Matrose. Recht ulkig musiziert das Saxophon-Quartett. An weiteren Darbietungen sind zu nennen — das reiche Debüt von 28 Nummern einzeln zu besprechen würde zu weit führen — prächtige Skulpturen der Geschwister X und der Gebrüder Y, eine Nacht in Paris, Fantasie Orientale, Persischer Markt, Espanna Canei, der andelusische Tanz, das hübsche lebende Spielzeug, die gesanglichen Leistungen Walter Speelmanns. Jede einzelne Darbietung verdient Lob und Anerkennung. Auch die herrlichen Kostüme und prächtigen Dekorationen tragen dazu bei, daß ein hübsches Bild entsteht und jeder Besucher höchst befriedigt das Colosseum verläßt.

Karlsruhes Fürsorgelasten im letzten Halbjahr

Rund 18 000 Einwohner oder 12 Prozent der Karlsruher Bevölkerung beziehen öffentliche Unterstützung

Der Fürsorgeaufwand der Stadt Karlsruhe war im verflossenen Rechnungshalbjahr (1. April bis 1. Oktober 1930) auf das stärkste beeinflußt von der immer mehr sich steigernden **Wirtschaftskrise.** Diese Krise und ihre Folgeerscheinungen bewirkten, daß auch in der badischen Landeshauptstadt, wie in wohl sämtlichen anderen größeren deutschen Städten, im verflossenen Sommerhalbjahr eine weitere beträchtliche **Steigerung der Ausgaben** und auch der **Zuschüsse** für Wohlfahrtspflege gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres zu verzeichnen ist, und der (im Rahmen des vorjährigen Etats sich bewegende) anteilsmäßige Voranschlag erheblich überschritten werden mußte.

Die **Gesamtausgaben** (Bruttoaufwand) in der allgemeinen Fürsorge, gehobenen Fürsorge und Jugendfürsorge (Städt. Fürsorge- und Jugendamt) beliefen sich in den ersten sechs Monaten des Rechnungsjahres auf

3 193 238 Mark.

Sie überstiegen mit diesem Betrag den anteilsmäßigen Voranschlag (2 902 164 ℳ) um rund 290 000 ℳ und den für die gleiche Zeit des Vorjahres benötigten Verbrauch (3 018 842) um rund 175 000 ℳ.

Den Löwenanteil in den Mehrausgaben beanspruchte die **allgemeine Fürsorge,** die von einem Aufwand von 1 125 500 ℳ im ersten Halbjahr 1929 auf 1 284 300 ℳ im laufenden Rechnungshalbjahr stieg. Neben der allgemeinen Fürsorge hat auch die **Kriegsbeschädigten-Fürsorge** eine sehr erhebliche Zunahme gegenüber dem Vorjahr insofern zu verzeichnen, als ihr Aufwand von 107 900 ℳ auf 186 600 Mark stieg. Diese Steigerung ist jedoch zum weitaus größten Teil auf Kosten der allgemeinen Fürsorge erfolgt, da auf Grund verwaltungsgerichtlicher Entscheidung die bisher in der allgemeinen Fürsorge unterstützten, nicht berenteten Kriegsbeschädigten nunmehr als Empfänger der gehobenen Fürsorge von der Kriegsbeschädigten-Fürsorge betreut werden. Auch die **Sozialrentner-Fürsorge** hat ihre Aufgabe nur mit erheblicher Steigerung ihres Aufwandes durchzuführen vermocht: während sie im vergangenen Sommerhalbjahre mit 459 200 ℳ durchkam, benötigte sie im laufenden Sommerhalbjahr den Betrag von 471 000 ℳ.

Im Gegensatz zu diesen Gebieten weist eine **geringe Abnahme** die **Kleinrentner-Fürsorge** auf, die gegenüber dem vorjährigen Halbjahresaufwand von 326 500 ℳ im laufenden Halbjahr nur einen Betrag von 297 000 ℳ verbrauchte. Ebenso blieb die **Kriegshinterbliebenen-Fürsorge** mit einem Aufwand von 77 100 ℳ hinter dem vorjährigen Aufwand mit 79 000 ℳ zurück. Auch die **Jugend-Fürsorge** hat ihre Aufgabe mit geringeren Mitteln als im Vorjahre durchzuführen vermocht. Ihr Aufwand hat sich von 402 500 ℳ im Sommerhalbjahre 1929 auf 396 600 ℳ im Sommerhalbjahr 1930 ermäßigt.

Wie die Ausgaben haben auch die von der Stadt zu leistenden **Zuschüsse** (Nettoaufwand) eine Steigerung erfahren. Sie betrugen für das erste Rechnungsjahr 1930 2 523 000 ℳ gegenüber einem anteilsmäßigen Voranschlagsbetrag von 2 230 000 ℳ. Da in ihnen jedoch der Verwaltungsaufwand für das laufende Rechnungsjahr bereits zum großen Teil als Vorauszahlung enthalten ist, Ersatzbeträge von Seiten des Landes noch ausstehen und auch der vorhandene Kassenvorrat noch berücksichtigt werden muß, ergibt sich für das erste Rechnungsjahr 1930 eine tatsächliche

Ueberschreitung der voranschlagsmäßig zur Verfügung stehenden Mittel um 133 000 Mark.

Dem Vorjahre gegenüber wurden an Vorschüssen 161 000 ℳ mehr erhoben. Bringt man hiervon zur Gewinnung eines richtigen Bildes die vorjährige Mehrleistung des Staates bei der Restausschüttung seines Fürsorgeanteils (25 000 ℳ) in Abzug, so ergibt sich ein tatsächlicher Mehrbedarf dem Vorjahre gegenüber von rund 136 000 ℳ.

Für die **Arbeitsfürsorge** zur Beschäftigung von Wohlfahrtserwerbslosen, der nach dem Voranschlag im laufenden Rechnungsjahre ein Betrag von 400 000 ℳ zur Verfügung steht, wurden im ersten Halbjahr 1930 insgesamt 62 600 ℳ aufgewendet. Mit diesem Betrag wurden die Löhne für die Wohlfahrtsarbeiter in der „Daxlander Hohle“ und in der erst vor kürzerer Zeit aufgenommenen Arbeit zur Schaffung von Industriegelände am Rheinhafen bezahlt. Da die zur Beschäftigung der überaus großen Zahl von Wohlfahrtserwerbslosen begonnenen Arbeiten in verstärktem Maße fortgeführt werden, insbesondere eine weitere Arbeit inzwischen erschlossen ist, wird der zur Verfügung stehende Restbetrag von 337 400 ℳ im laufenden Winterhalbjahr zum größten Teil aufgebraucht werden.

Die **Ursache der Steigerung** sowohl des Aufwandes wie der Zuschüsse ist in erster Linie in der **Erhöhung der Zahl der Unterstützungsfälle** zu erblicken. Daneben ist auch vielfach eine Verdichtung des Einzelfalles dadurch zu verzeichnen, daß nunmehr bei fast [illegible] lichen Fürsorgeempfängern die letzten eigenen und fremden [illegible] quellen erschöpft sind und auch die Möglichkeit eines [illegible] Eigenverdienstes zum größten Teil geschwunden ist. Während [illegible] Beginn des vorigen Rechnungsjahres (1. April 1929) das [illegible] sorge- und Jugendamt 8635 Fälle zu betreuen hatte, belief sich [illegible] Gesamtzahl der am 1. April 1930 in öffentlicher Unterstützung [illegible] stehenden Fälle auf 10 218. Am 30. September des Vorjahres [illegible] den 8868 Unterstützungsfälle gezählt, die sich am 30. September [illegible] ds. Js. auf eine Gesamtzahl von 10 173 erhöht hatten. Es ist [illegible] gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung der Zahl der unterstützten [illegible] Parteien um rund 14 bis 15 Prozent zu verzeichnen. Die Steigerung [illegible] der Zahl der Fürsorgeempfänger ist somit prozentual höher als [illegible] Mehrbedarf an Zuschüssen (rund 6 Prozent).

Da es sich bei der statistischen Erfassung der Unterstützungsempfänger um Fälle handelt, und ein Fall durchschnittlich 1,8 Personen (Familienangehörige, Verwandte usw.) umfaßt, ist zur Ermittlung der Gesamtzahl der Unterstützungsempfänger die Zahl der Fälle mit 1,8 zu vervielfältigen. Hiernach ergibt sich eine

Gesamtzahl der zur Zeit in Karlsruhe in öffentlicher Unterstützung der Gemeinde stehenden Personen von rund 18 000.

Die Steigerung der Zahl der Fälle ist vor allem wie sich [illegible] aus der Darstellung des Aufwandes und Zuschusses ergibt, auf [illegible] allgemeine Fürsorge zurückzuführen. Sie hatte am 30. September [illegible] 1930 allein 3425 laufende Fälle gegenüber 2855 im gleichen [illegible] punkte des Vorjahres zu verzeichnen. Daneben hat auch die [illegible] der Kriegsbeschädigten aus den oben bereits angeführten Gründen [illegible] von 481 auf 687 Fälle sich gesteigert. Rechnet man diese Fälle [illegible] eigentlich erforderlich, zur allgemeinen Fürsorge hinzu, so ergibt [illegible] eine Gesamtsteigerung bei diesem Fürsorgezweig von nicht [illegible] als 776 Fällen oder rund 27 Prozent gegenüber dem Vorjahre. [illegible] Steigerung ist in erster Linie auf die stark angestiegene Zahl [illegible] **Wohlfahrtserwerbslosen** zurückzuführen, über die ja die laufenden [illegible] Statistiken des Deutschen Städtetages ein Gesamtbild geben. [illegible] Karlsruhe haben die Wohlfahrtserwerbslosen von Anfang [illegible] ds. Js. bis 31. September, somit in den letzten acht Monaten, [illegible] eine Steigerung von rund 400 Fällen zu verzeichnen. Ihre Zahl [illegible] trägt heute nach der neuen, einschränkenden Reichsstatistik [illegible] 2300 Fälle.

Auch die **Sozialrentner-Fürsorge** hat, hauptsächlich infolge [illegible] keren Versagens der bisherigen Hilfsquellen, gegenüber dem [illegible] jahre eine Vermehrung von 1514 auf 3091 Fälle oder rund [illegible] zent erfahren. Die Minderjährigen- und Mütterfürsorge [illegible] Zahl ihrer Fälle (2784) im ungefähren Rahmen des Vorjahres [illegible] halten vermocht. Eine Verringerung der Zahl der Fälle ist in der [illegible] Kriegshinterbliebenen-Fürsorge von 450 auf 411 und in der [illegible] rentner-Fürsorge von 810 auf 775 eingetreten.

Es muß damit gerechnet werden, daß der kommende Winter [illegible] heuer, wie in den vergangenen Jahren, ein **weiteres Anteigen** der Fürsorgelasten bringen wird. Daß die Finanzen der Gemeinden [illegible] dadurch auf das schwerste erschüttert werden, bedarf keiner [illegible] Begründung mehr. Es war daher auch höchste Zeit, daß der [illegible] arbeitsminister nunmehr unter dem 11. Oktober neue Vorschriften [illegible] für die Krisenfürsorge erlassen hat, die eine Erweiterung [illegible] Gebietes auf alle Berufsgruppen mit Ausnahme der Landwirtschaft [illegible] und der häuslichen Dienste vorsehen. Wenn auch die neuen [illegible] schriften gewisse Einschränkungen des Personenkreises, eine [illegible] zung der Unterstützungsdauer und eine Neuregelung der [illegible] bringen, so ist doch zu hoffen, daß durch sie eine leichte [illegible] eintritt. Eine wirklich fühlbare finanzielle Entlastung der [illegible] fahrtspflege kann allerdings nur durch Besserung der Wirtschaftslage eintreten. Vom fürsorgerischen Standpunkt aus dringend [illegible] wünscht wäre auch der Erlaß eines Kleinrentner-Versorgungsgesetzes. Dieses Gesetz ist vom Reichstag und Badischen Landtag [illegible] lange gefordert und von der Reichsregierung auch seit zwei [illegible] versprochen. Alle Fachkreise, sowohl der öffentlichen wie der [illegible] vaten, konfessionellen und interkonfessionellen Wohlfahrtsverbände haben sich bereits mit dem Gesetze befaßt und es als eine dringende [illegible] berechtigte Forderung der Kleinrentner anerkannt. Die Ausgaben [illegible] hierfür sind bei richtiger Abgrenzung des Personenkreises und [illegible] Höhe der Renten verhältnismäßig gering und werden bei [illegible] nicht die teilweise genannten hohen Summen von Hunderten [illegible] Millionen Mark erreichen. Sie werden überdies infolge [illegible] Einschränkung des Kreises der Rentenempfänger von Jahr zu [illegible] sich verringern. Gleichzeitig würde damit die Aufwertungsfrage [illegible] einem wenigstens befriedigenden Abschluß gebracht. Der [illegible] eines Kleinrentner-Versorgungsgesetzes erscheint daher selbst [illegible] heutigen Zeit der Finanznot vertretbar.

Dr. F[illegible]

Die Polizei berichtet:

Festgenommener Wüstling

Am Montag abend wurden zwei Schülerinnen im Alter von 11 und 12 Jahren Ecke Kaiser- und Hirschstraße von einem Manne angesprochen. Sie erkannten in dem Fremden sofort den Täter, der sie bereit vor 3 Wochen schon einmal in der Sedanstraße in unsittlicher Weise belästigt hatte und dem es damals gelungen war, sich dem polizeilichen Zugriff durch die Flucht zu entziehen. Wieder verstand es eines der Mädchen, in geschickter, unauffälliger Weise die Polizei am Mühlburger Tor zu verständigen. Aber wieder ging der Täter vor den ankommenden Beamten flüchtig. Diesmal gelang es jedoch, den Wüstling auf Rädern einzuholen und hinter Schloß und Riegel zu bringen.

Am Montag abend trieben sich in der Gegend des Bahnhofs Durlach wiederum einige junge Kommunisten, die teilweise mit Knütteln bewaffnet waren, herum. Eine Großstreife der Polizei schritt ein und nahm eine körperliche Durchsuchung vor. Einer der Burschen, ein 18 Jahre alter Blechner aus Durlach, wurde im Besitz eines großen Buchenknüttels befunden und festgenommen.

Einer, der unbedingt ins Gefängnis wollte

Ein lediger, 48 Jahre alter Schlosser von hier warf gestern nachmittag das Schaufenster der Firma Hensel in der Amalienstraße mit einem Mauerstein ein. Dem einschreitenden Polizeibeamten erklärte er, daß er ins Gefängnis wolle und daß er noch mehrere solcher Taten ausführen werde, wenn er nicht eingesperrt werde. Man tat ihm den Gefallen

Festgenommene Diebe

Am Montag vormittag gelang es der Polizei am Mendelssohnplatz, einen Dieb festzunehmen, der in einem Studentenhaus in der Parkstraße 4 Herrenmäntel im Wert von 300 Mark entwendet hatte. Einen der Mäntel hatte der Gauner zum Preis von 7 Mark bereits an den Mann gebracht. Er wurde ins Bezirksgefängnis eingeliefert. — Ebendorthin wurde eine wohnungslose Näherin gebracht, die in einem Hause in der Sophienstraße einen Kleiderdiebstahl begangen hatte.

Unfall

Eine 68 Jahre alte Witwe wurde am Montag nachmittag [illegible] Hardtwald durch einen von einem Unbekannten abgeschossenen Baumast an den Kopf getroffen und erheblich verletzt. Ein Polizeibeamter brachte die Verletzte zum Arzt, der die Wunde [illegible] delte. Der Täter hatte sich inzwischen entfernt.

Verkehrsunfälle

Im Laufe des Montags ereigneten sich eine Reihe von Verkehrsunfällen leichterer Art.

*

(:) **Hafendirektor a. D. Sebold gestorben.** Im Alter von [illegible] ren ist hier der frühere Hafendirektor Jakob Sebold gestorben. [illegible] hat sich um die Entwicklung des Karlsruher Rheinhafens [illegible] Verdienste erworben.

(:) **Haus der Gesundheit.** Wer Kindern eine Weihnachtsfreude mit selbstverfertigtem, gutem, einfachem Spielzeug machen will, hat Gelegenheit dazu in einem Bastelkurs angeleitet zu werden. [illegible] Kurs beginnt am 5. November 1930, abends 8 Uhr, im Haus der Gesundheit, Karl-Wilhelm-Straße 1, und kann Vätern und [illegible] tern warm empfohlen werden. (Siehe Inserat.)

(:) **Deutscher Metallarbeiter-Verband,** Verwaltungsstelle Karlsruhe. Mitgliederversammlung der arbeitslosen Kollegen heute Dienstag, 4. November, nachmittags 3 Uhr, im [illegible] haus, Schützenstraße 16. Fortsetzung der am 28. Oktober [illegible] Versammlung und Aussprache. Ohne Mitgliedsbuch oder [illegible] den sonstigen Ausweis keinen Zutritt.

„Politischer Kampf.“ Auch heute nacht wollten sich [illegible] KPDisten und Nazis eine Schlacht liefern. Um 2 Uhr [illegible] der Herrenstraße der Kampf allem Anschein nach losgehen. [illegible] die Polizei interessierte sich zu stark dafür und sorgte für [illegible] Totschläger, Gummiknüppel und Pistole sind dabei in die [illegible] der Polizei gelangt.

Der Haushalt von heute stellt an die Hausfrau besonders hohe [illegible] derungen, denn das Sparprogramm macht auch vor der Küche [illegible] und es heißt mehr denn je „auskommen mit den vorhandenen [illegible] Als wahre Freunde erweisen sich auch jetzt die bewährten Maggi-[illegible] nisse (Würze, Suppen und Fleischbrühwürfel). Die Hausfrau, die [illegible] wendet, spart Geld, Zeit und Arbeit.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Veranstaltungen

Festkonzert der Harmoniekapelle. Auf das morgen Abend 20.15 Uhr im Eintrachtsaal stattfindende Konzert des großen Streichorchesters des Musikvereins „Harmonie" anläßlich seines 33jährigen Stiftungsfestes sei nochmals hingewiesen. Das geschmackvolle Programm wird alle Verehrer guter Musik voll befriedigen. Karten bei Fritz Müller, Kaffee May und, soweit noch Vorrat, an der Abendkasse.

Das 59. **Stiftungskonzert der „Badenia"** am kommenden Samstag bringt im ersten Teil Chöre zeitgenössischer Komponisten: Nagler, Niemeyer, Pracht, Baumann, Nagel, Wohlgemuth. Zum Eingang hören wir den groß angelegten Chor „Deutscher Glaube" mit dem machtvollen, emporreißenden Schluß: „Deutschland, du kannst nicht untergehen!" Ihm folgt das innige: „Ueber Nacht" mit seiner reichen Modulation. „Das Ringlein" mit seiner verhaltenen Schwermut, „Der Edelmannn im Haderlach" mit seinem übermütigen, derben Humor sind Vertreter des Volksliedes; in „Haralda" betreten wir das Gebiet der Ballade. Zu den beiden Chören „Landsknechtslied" und „Einsiedel" (Humoreske) treten Einzelinstrumente. Auf den beiden Sängerwochen in Nürnberg wurde der Versuch gemacht, durch Hinzuziehung verschiedener Soloinstrumente die Ausdrucksmöglichkeit des Männergesanges zu erweitern. Die Instrumente sollen die durch den Text gegebene Stimmung illustrieren. Der zweite Teil des Programmes ist Konradin Kreutzer geweiht, dessen 150. Geburtstag wir am 22. November feiern. Er enthält die Chöre: Schäfers Sonntagslied", „Abendfeier", „Jägerchor". Die instrumentale Abwechslung im Konzert bringt die Kammermusikvereinigung des Karlsruher Landestheaters. Wir hören ein Bläserquintett von Reicha, das vor kurzem bei dem Internationalen Kritikerkongreß in Prag mit großem Erfolg gespielt wurde und die entzückenden Variationen von Blumer.

Lichtspielhäuser

Die Palast-Lichtspiele, Herrenstraße 11, bringen heute Montag, nach dem so glänzend verlaufenen Auftakt und Zuspruch ein Tonfilm-Lustspiel „Komm zu mir zum Rendezvous!" Von der gesamten Presse, überall wo es anlief als der beste Tonfilm bezeichnet. Wer sich einmal richtig amüsieren, wer einmal von Herzen lachen und auf 2 Stunden die Sorgen des Alltags vergessen will, dem sei dieser Film empfohlen. Ein Aufgebot prominentester Komiker. Es seien vor allem Ralph Arthur Roberts, Fritz Schulz, Paul Morgan, Walter Rilla und Zsöke Szakall genannt. Von den Damen seien erwähnt: Lucie Englisch, ein schelmisch, anmutiges Professorentöchterlein, Alexa Engström als charmante Gattin des hervorragenden Ralph Arthur Roberts, Trude Lieske als frisch in die Welt schauende Revuediva und als stumme Klavierspielerin Margarete Kupfer. Im Beiprogramm laufen ferner: Der tönende Tier-Kulturfilm „Menschen sehen Dich an", Russische Symphonie, Flick und Flock an der Wolga und die aktuelle, tönende D.L.S.-Wochenschau, die die Bilder des erschütternden Grubenunglücks in Alsdorf und die Beisetzung der Opfer bringt. Der Beginn der Vorstellungen ist auf 3.30 Uhr, 6 und 8.30 Uhr angesetzt.

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Arbeitsgemeinschaft soz. Lehrer. Unsere Novemberzusammenkunft findet am Mittwoch, 5. November, nachmittags 5 Uhr, im Volkshause statt. Wir bitten, trotz der regen sonstigen Versammlungstätigkeit auch hierbei um zahlreichen Besuch.

Der Vorverkauf der Karten zu der Festhalleversammlung am 12. November hat begonnen. Karten sind bei allen Gewerkschaften, im Volkshaus, Volksbuchhandlung und Zigarrenhaus Töpper, Kriegsstraße 3a, sowie den Parteifunktionären zu haben.

Der Vorverkauf der Karten zu der Revolutionsfeier am 15. November sind ebenfalls bei den obengenannten Stellen erhältlich.

Die Bezirkskassierer wollen zur Entgegennahme von Material sich mit dem Gen. Lang in Verbindung setzen.

Bezirk Oststadt

Die **Vorstandsmitglieder, Distriktsleiter und Straßenobleute** werden gebeten, am **Mittwoch abend** um **5 Uhr** im **„Bernhardushof"** zu erscheinen. Auch alle übrigen Genossen und Genossinnen, die gewillt sind, Parteiarbeit zu leisten, sind freundlichst eingeladen. Die Einladungen zur öffentlichen Wählerversammlung und die zweite Serie Flugblätter müssen zur Verbreitung kommen.

Letzte Nachrichten

Revisionsanträge im Bombenlegerprozeß

Berlin, 4. Nov. (Funkdienst.) Im Bombenlegerprozeß hat die **Staatsanwalt Revision** eingelegt. Von den Angeklagten hat bisher nur Volk, der zu 7 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, durch seinen Verteidiger Revision einlegen lassen. Die Frist läuft jedoch bis zum 7. November.

Ankunft des neuen deutschen Botschafters in London

WTB. **London,** 3. Nov. Der neue deutsche Botschafter, Baron von Neurath, ist in London eingetroffen.

Dr. med. H. Schulze's Fregalin führt dem Blut hochwertige Nährsalze zu und bewirkt dadurch eine Blutreinigung und eine hervorragende Nervenstärkung. Wir verweisen auf die Anzeige in dieser Nummer, lesen Sie diese Anzeige in Ihrem Interesse genauestens, da Sie auf Wunsch von Dr. med. H. Schulze G.m.b.H., Berlin-Charlottenburg 2, umsonst und portofrei eine aufklärende Broschüre und eine Probeschachtel dieses ausgezeichneten Mittels erhalten.

Auftakt zu den Gemeindewahlen

Mittwoch, den 5. November, abends 8 Uhr

finden in nachstehenden Bezirken und Lokalen

Oeffentliche

Wahlversammlungen

statt:

Bezirk Altstadt: Lokal zum König von Württemberg.
Bezirk Südstadt: Lokal zur Deutschen Eiche.
Bezirk Mittel- und Südweststadt: Lokal zur Gambrinushalle.
Bezirk: Weststadt: Lokal zum Württemberger Hof.
Bezirk Bulach: Lokal zur Krone.

Referenten: Stadtrat Jung, Stadtverordneter Rothweiler, Stadtverordnete Bernauer, Stadträtin Müller, Stadtrat Töpper, Stadtverordnete Lang, Stadtrat Eugen Geck, Stadtverordnete Stark, Stadtverordneter Rastätter, Stadtrat Flößer.

Freitag, den 7. November, abends 8 Uhr

Bezirk Oststadt: Lokal zur Krone.
Bezirk Grünwinkel: Lokal zum Engel.
Bezirk Rüppurr: Lokal zum Grünen Baum.
Bezirk Beiertheim: abends 8 Uhr im Beiertheimer Hof.

Referenten: Stadtverordneter Kappes, Stadträtin Müller, Stadtverordneter Eisele, Stadtverordneter Spachholz, Reichstagsabgeordneter Marum.

Samstag, den 8. November, abends 8 Uhr

Bezirk Mühlburg: Lokal Goldener Hirsch.
Bezirk Weiherfeld: Lokal Weiherhof.
Bezirk: Hardtwaldsiedlung: Lokal zum Prinz Berthold.

Referenten: Stadtverordneter Koch, Stadtverordnete Lang, Stadtrat Eugen Geck, Stadtverordnete Bernauer, Stadtrat Flößer.

Alle noch nicht genannten Bezirke werden später veröffentlicht.

Wahlversammlung in der Weststadt

Am Mittwoch, 5. November, abends 8 Uhr, findet im „Württemberger Hof" eine **Bezirkswahlversammlung** statt. Das Thema für den Abend lautet: **Die bevorstehenden Gemeindewahlen und welche Partei hat im Interesse der Arbeiter, Beamten und Angestellten sowie für die gesamte Bevölkerung auf dem Rathaus praktische Arbeit geleistet.**

Referenten: Gen. Stadtrat Töpper und Genossin Stadträtin Müller.

Volksfreundleser, Parteigenossen und -genossinnen, sorgt dafür, daß die Versammlung eine guter Auftakt für die Gemeindewahlen wird.

Daxlanden

Bezirksversammlung der Sozialdemokratischen Partei. Am Samstag, 1. November, fand eine gutbesuchte Versammlung im „Karlsruher Hof" statt. Genosse Stadtrat Töpper hielt einen Vortrag über **„Die Reichstagswahlen und ihre Auswirkung auf die Gemeinde".** Genosse Töpper hat mit seinem Vortrag bewiesen, daß er als Kommunalpolitiker am rechten Platze ist. Seine Ausführungen haben ihren Zweck nicht verfehlt. An einer Fülle von Beweisen konnte er das Lügenmaterial, das unsere Gegner im jetzigen Wahlkampf gegen uns vorbringen, glatt wiederlegen. Auch verschiedene Einwendungen, die in der Diskussion von einigen Genossen gemacht wurden, konnte er zur Zufriedenheit der Anwesenden richtigstellen. Genosse Frenzel sprach dem Redner den Dank der Versammlung aus. Auf einige Ausführungen, die noch in der Versammlung gemacht wurden, werden wir gelegentlich an dieser Stelle noch zurückkommen. M.-W.

Grünwinkel

Volksfreundleserinnen! Parteigenossinnen! Wir treffen uns am Dienstag, 4. November, abends 8 Uhr, im Schulhaus Grünwinkel zu einem Leseabend. Auch Vorträge werden von berufenen Genossen gehalten werden. Sorgt durch euer Erscheinen dafür, daß diese Abende den ganzen Winter durchgeführt werden können. Parole: Am Dienstag treffen sich die Frauen zum Leseabend im Schulhaus!

Aus der Stadt Durlach

Sozialistische Arbeiterjugend

Mittwoch und Donnerstag Probe für Gengenbach. Freitag: Trommeln und Pfeifen. Samstag mittag 4 Uhr: Abfahrt nach Gengenbach. Bringt alle das Fahrgeld (1,80 ℳ) mit. Wer sich noch nicht eingetragen hat, soll es baldmöglichst tun.

Zwölf Wahlvorschläge für die Gemeindewahl in Durlach

Bis zur festgesetzten Stunde, 30. Oktober, nachmittags 4 Uhr, sind folgende Wahlvorschlagslisten eingekommen:

Zentrumspartei,
Sozialdemokratische Partei,
Deutsche Volkspartei,
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei,
Deutsche Staatspartei,
Kommunistische Partei Deutschlands,
Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei),
Evangelischer Volksdienst,
Deutschnationale Volkspartei,
Frei Bürgervereinigung des Stadtteils Aue,
Freie Bürgervereinigung Durlach.
Bürgerliche und wirtschaftl. Vereinigung des Stadtteils Aue.

Nach Prüfung der Wahlvorschlagslisten durch die Wahlgeschäftsstelle wird in den nächsten Tagen vom „Allgemeinen Wahlausschuß" Entscheidung darüber getroffen, welche Vorschlagslisten als gültig zu erachten sind. Die Benummerung erfolgt gemäß den bestehenden Grundsätzen. Hiernach erfolgt am 7. November die Veröffentlichung der einzelnen Wahlvorschläge.

Zwölf Parteien bewerben sich also um Sitze im Gemeindeparlament, darunter auch 2 „Parteien" des Stadtteils Aue, nämlich „Die freie Bürgervereinigung Aue" und „Bürgerliche und wirtschaftliche Vereinigung des Stadtteils Aue", natürlich neben der „Freien Bürgervereinigung Durlach", letztere ein lokales Gebilde gewissermaßen zum Schutze des auf den Aussterbeetat gesetzten „Allmends" und der Gemeindebürger. In ihren Bestrebungen und Zielen, sofern man von solchen in diesem Zusammenhange sprechen kann, unterscheiden sich diese „Parteigebilde" in gar nichts voneinander. Es liegen höchstens Personenunterschiede, persönlicher Ehrgeiz schließlich vor und diese „Gebilde" müßten bei einer gewissen politischen Reife der Wähler unmöglich werden. Wer die letzten vier Jahre gemeindlicher Tätigkeit im Bürgerausschuß einigermaßen aufmerksam verfolgt hat, konnte auch nicht den geringsten Unterschied in der Betätigung der zwei bisher schon bestehenden bürgerlichen „Vereinigungen" finden. Offenbar deshalb muß noch eine dritte auf dem Plan erscheinen.

Auf in die Bezirks-Wählerversammlungen

Auf die heute Dienstag abend 8 Uhr stattfindenden Wählerversammlungen, in denen über das Thema „Sozialdemokratie und Gemeindewahl gesprochen wird, seien die Wählerinnen und Wähler nochmals aufmerksam gemacht.

Es sprechen im „Darmstädter Hof" Stadtrat Gen. Horst, im „Roten Löwen" Stadtrat Gen. Pfalzgraf und in der „Blume" Stadtrat Gen. Dahn. Wir verweisen auch auf das gestern erschienene Inserat.

Parteigenossen, sorgt für einen starken Besuch dieser Versammlungen, in denen über die Tätigkeit der Rathausfraktion Bericht erstattet wird.

Schweinemarkt am 1. November. Der Markt war befahren mit 32 Läufer- und 154 Ferkelschweinen; verkauft wurden 30 Läufer- und 134 Ferkelschweine. Preis per Paar Läuferschweine 50—70 ℳ, Ferkelschweine 20—33 ℳ.

Chefredakteur: Georg Schöpflin. Verantwortlich: Politik, Freistaat Baden, Volkswirtschaft, Aus aller Welt, Letzte Nachrichten: S. Grünebaum. Bad. Landtag, Gewerkschaftliches, Aus der Partei, Kleinbadische Chronik, Aus Mittelbaden, Durlach, Gerichtszeitung, Feuilleton, Die Welt der Frau: Hermann Winter. Groß Karlsruhe, Gemeindepolitik, Soziale Rundschau, Sport und Spiel, Sozialistisches Jungvolk, Heimat und Wandern, Auskünfte: Josef Eisele. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Gustav Krüger. Sämtliche wohnhaft in Karlsruhe in Baden. Druck u. Verlag: Verlagsdruckerei Volksfreund G.m.b.H., Karlsruhe.

Wir haben es nicht nötig, Ihnen viel zu erzählen, denn die Beweise, die wir Ihnen hier vorlegen, sprechen mehr als alle schönen Worte für unser seit Jahren bekanntes **Blut- und Nerven-Regenerationsmittel „Fregalin".** Viele Tausende, die unser „Fregalin" bereits genommen haben, sind nicht enttäuscht worden. Außerordentlich bewährt hat sich „Fregalin" bei Nervosität, allgemeiner Schwäche, Mattigkeit, Schwindelanfällen und rheumatischen Leiden. Fragen Sie Ihren Arzt.
Um den schweren Kampf ums Dasein führen zu können, braucht man starke Nerven und gesundes Blut.
Lesen Sie bitte recht genau, was die hier Abgebildeten von selbst über die Wirkung des „Fregalin" schreiben und Sie werden sich danach ein Urteil bilden.
In unserem Archiv sind noch viele Tausend derartiger Dankschreiben aus dem In- und Auslande, die unaufgefordert eingegangen sind und die Sie jederzeit in unserem Büro einsehen können
Alle Danksagungen sind notariell beglaubigt. — **„Fregalin"** ist zu haben in allen Apotheken. Der Versand erfolgt durch die Minerva-Apotheke Berlin-Charlottenburg. — Die Herstellung erfolgt unter wissenschaftlicher Ueberwachung. 1883

Glücklich durch Fregalin. Heringsdorf/Ostsee, 12. März 1930.
Stella Maria, Kaiserstr. 7-9.
Kann Ihnen mitteilen, daß Ihr Fregalin Wunder wirkt. Trotz meiner 66 Jahre habe ich eine Elastizität in den Gliedern wie in der Jugend.
Machen Sie noch mehr Menschen glücklich damit.
Johannes Friebel.

Magenschmerzen, Verstopfung.
Gelsenkirchen, 12. Febr. 29. Fürstinnenstraße 2.
Fregalin wirkt wunderbar! Ich litt 5 Jahre lang an Magenschmerzen, Verstopfung, Rücken-, Nerven- u. Unterleibsschmerzen; kürzlich hatte ich Gelbsucht. Nach zwei Fregalin-Kuren sind alle Beschwerden verschwunden. Ich habe wieder Appetit und kann wieder arbeiten. Ich danke Ihnen, geehrter Herr Doktor, für Ihre Hilfe. **Frau Gohr.**

Mit 67 Jahren wieder Jugendkraft und Arbeitsfreude.
Schleßwitz, Po. Kunzendorf, Schl., den 11. 5. 30.
Teile Ihnen erfreut mit, daß ich nach Gebrauch von 5 Packungen Fregalin trotz meiner 67 Jahre wieder Jugendkraft und Arbeitsfreude besitze. Möge Ihr Fregalin noch recht vielen meiner leidenden Mitmenschen helfen, wie es mir half, denn ich kann jetzt meine weiten Touren wieder mit dem Fahrrade erledigen.
Wilh. Bergmann, Maschinist.

Früher müde, jetzt mit 76 Jahren wied. frisch u. munter.
Döhlen i. Oldenburg, den 20. August 1930.
Ich kann Ihnen mitteilen, daß Fregalin mir gute Dienste geleistet hat. Früher war ich immer müde und alles war mir zur Last. Jetzt dagegen fühle ich mich trotz meiner 76 Jahre wieder frisch und munter, und die Arbeit wird mir leicht. Ich danke Ihnen für Ihre Hilfe und werde Fregalin überall empfehlen. **Frau Theile, Wwe.**

Kopfschmerzen und Schwäche.
Lauban, Schl., Greiffenberger Str. 27, d. 17. 8. 30.
Früher waren mir meine Beine so schwer wie Blei und konnte ich gar nicht weit gehen. Jetzt nach Gebrauch von Fregalin habe ich mit meiner Familie eine 7stündige Fußtour machen können. Ich hätte nie geglaubt, daß ich nochmals eine Gebirgswanderung unternehmen könnte.
Wilh. Reimann.

Müdigkeitsempfinden.
Apolda i. Thür., 10. 5. 1929 Niederroßlaer Straße 34.
Sage Ihnen hiermit meinen besten Dank! Ich litt seit zwei Jahren an heftigem Müdigkeitsempfinden. Alle Mittel versagten. Da wandte ich mich an Sie, was ich wahrlich nicht bereue. Nach dem Gebrauch von 2 Schachteln verspürte ich schon bedeutende Besserung.
Frau Anna Sosnowski

Trotz 82 Jahren nach Fregalin ein anderer Mensch
Hartmannsdorf, Kr. Lauban in Schl., d. 7. August 1930.
Mein nervöses Leiden, sowie die Kopfschmerzen, die mir bei jeder Bewegung Beschwerden verursachten, sind durch Ihr Fregalin vollständig beseitigt und ich bin jetzt wieder ein ganz anderer Mensch. Trotz meiner 82 Jahre bin ich wieder in der Lage mich ohne Beschwerden zu bewegen.
Herm. Menzel, Rentenempf.

Wir versenden völlig umsonst und ohne Verbindlichkeit:
50 000 Probepackungen
Dazu erhält jeder, ebenfalls kostenlos, das kleine Werk:
„Wie erhalte ich meine körperlichen u. geistigen Kräfte?"
Schreiben Sie bald, bevor die Proben vergriffen sind, an:
Dr. med. H. Schulze, G. m. b. H., Berlin-Charlottenburg 2/1211

Gegen Rücksendung dieses Scheines als Drucksache 5 Pf.
Ich ersuche um eine Probe des
Blut- und Nerven-Regenerationsmittels „Fregalin"
nebst dem goldenen Buch des Lebens umsonst u. ohne jede Verbindlichkeit

Name: .....
Stand: .....
Ort: .....
Straße .....
Adresse bitte mit Bleistift zu schreiben. 1211

Carl Schöpf Marktplatz

Während der Karlsruher Messe 2. bis 11. Nov. hervorragend billige Angebote in allen Abteilungen

Große Posten Winter-Kleider und Mantel-Stoffe

zu verbilligten Preisen

Woll-Crêpe de chine in vielen schönen Farben . Meter 3.50 2.50 **1.75**
Tweed für prakt. Kleider, große Musterauswahl Meter 2.50 1.50 **-.95**
Flamenga „Die große Mode", Wolle mit Kunstseide . Meter 3.50 1.90 **1.50**
Satin riche bedruckt, aparte Muster für Kleider Meter 5.50 4.75 **4.50**
Woll-Veloutine doppeltbreit, aus edlem, weichfließend. Mat. Mtr. 4.50 **3.90**
Herren-Anzugstoffe reine Kammgarnware . Mtr. 14.50 11.50 **7.50**
Bedruckte Waschsamte für praktische Kleider Mtr. 2.50 1.90 **1.50**
Crêpe-Marocain Kunstseide bügelecht für elegante Kleider in großer Farbenauswahl . . . 6.50 **4.90**
Damen-Manteistoffe in größter Auswahl, für jede Geschmacksrichtung, 140 cm br., beginnend v. **3.25** an
Futter-Seiden z. Mantel passend, glatt u. damassiert Mtr. 4.50 2.50 **1.35**
Pelzkragen große modische Formen . . von **5.90** an

Weiß-, Leinen- und Baumwollwaren

für Aussteuern, sind im Preis erheblich zurückgegangen

Hemdentuch feinfädige Qualit. Meter -.95 -.65 **-.32**
Cretonne schwere süddeutsche Ware f. Kopfkissen, Mtr. 1.10 -.95 **-.75**
Croisé-Finette für warme Wäsche . . . . . Meter -.95 -.75 **-.48**
Bettuch-Haustuche 150 cm breit prima Hausmacherware . . . Meter 1.90 1.75 **1.35**
Bettuch-Halbleinen 150 cm breit, auch m. allmähl. verstärkt. Mitte, Mtr. 2.90 2.25 **1.65**
Bettdamaste 130 cm brt., weiße Streifendamaste Meter 1.90 1.50 **-.85**
Bettdamaste 130 cm breit, schöne Blumenmuster . . Meter 2.90 2.25 **1.25**
Bettuchbiber 150 cm breit, vollweiß . . . Meter 2.50 1.90 1.75 **1.40**
Sportflanelle f. Herren-Hemden Meter 1.35 -.95 -.75 **-.58**
Pyjama-Flanelle Ia Ware, für Schlafanzüge, schöne Streifen Meter -.95 -.85 **-.65**
Bettbarchent u. Daunenköper nur erstklassige, echtfarb. Qualitäten

	80 cm breit		
Meter Mk.	1.50	2.25	2.75
	130 cm breit		
Meter Mk.	2.50	3.25	3.75 4.25

Bettfedern u. Halbdaunen Ia doppelt gereinigt, ausgesucht schöne Qualität Pfund Mk. **2.- 3.50 4.50 6.- 7.50**
Kissen mit Bog., Klöppel, Spitzen und Stickerei . . Mk. 6.50 3.75 2.50 **1.15**
Oberbettücher dazu passend Mk. 12.50 9.50 7.50 **4.75**
Biberbettücher volle Größe Mk. 5.25 4.50 3.25 **2.50**
Jacquard-Schlafdecken und kamelhaarfarbige Baumw., besond. preiswert . . . . . Mk. 9.50 7.50 **4.50**
Wollene Kamelhaardecken mit schönen Bordüren Mk. 35.— 26.50 19.50 **14.50**
Herren-Oberhemden Mk. 8.50 7.50 6.50 **4.50**
Herren-Einsatzhemden Mk. 4.75 3.50 2.50 **1.35**
Herren-Plüsch-Unterhosen Mk. 6.50 5.75 4.90 **3.90**
Kunstseidene **Damen-Schlüpfer** mit angewebtem Futter Mk. 3.50 2.90 2.25 **1.75**
Kunstseidene **Damen-Röcke** mit angewebtem Futter Mk. 5.50 4.50 3.75 **2.90**

Eine besonders günstige Kaufgelegenheit

Große Posten
Damen-Winter-Mäntel größtenteils mit schönen Pelzbesätzen und ganz gefüttert . . . . . **14.50 19.50 29.50 39.50 55.-** und höher
Herren-Winter-Ulster- u. Mäntel zweireihig mit losem Rücken, Ring- od. Rückengurt **35.- 45.- 58.- 75.- 85.-** und höher

---

DEIN FREUND

Deine Freundin, Deine Bekannten, das ganze Haus, alle lesen unseren Volksfreund und beachten das Inserat, das Du dort aufgibst

---

SCHAUBURG

Marienstraße 16 Telefon 6284

Ab heute
endlich wieder einmal **BUSTER KEATON**
in einer neuen zwerchfellerschütternden Groteske

Die unvollkommene Ehe

Buster Keaton, der Kerl mit dem blödsinnigsten Gesicht der Welt, der damit Millionen verdient

Buster Keaton, der Mann der nie lacht und damit auf der ganzen Welt Lachstürme entfesselt

BUSTER KEATON hat sich zu allem Unglück hin in den letzten Tagen auch noch verheiratet. Daß das keine **vollkommene Ehe** sein kann, ist durchaus begreiflich. Wie die **unvollkommene Ehe** zu einer vollkommenen wird, zeigt Ihnen Buster Keaton in diesem Film.

Die lustigste Brautwerbung
Der unwahrscheinlichste Polterabend
und die haarsträubendste Hochzeitsreise

sind die Vorstufen, bis Buster Keatons und Dorothy Sebastians unvollkommene Ehe den Grad der Vollkommenheit erreicht. Eine der zündendsten Filmgrotesken, die Buster Keatons unvergleichliche Komik zu vollster Durchschlagskraft verhilft. Die schöne und elegante Dorothy Sebastian spielt an Keatons Seite unter der bewährten Regie Edward Sedgwicks

Vom ersten Filmmeter an hagelt es lustige Einfälle und komische Szenen. Man lacht, wie man lange nicht gelacht hat.

Ein Film nach dem Herzen des Kinobesuchers, ein Film, den man gesehen haben muß!

Also: Ansehen! Lachen! Lachen! Lachen!

Ab heute die ermäßigten Eintrittspreise:
Mk. -.90, 1.20, 1.50 und Mk. 2.00
Anfangszeiten: 4, ½7 und 9 Uhr
Jugendliche haben nachmittags Zutritt!
Kleines Beiprogramm 6983

Unsere Methode der

Bruch-Heilung

„Hermes"

nach längst anerkannten, aber allgemein immer noch stark vernachlässigten Grundsätzen, hat gute Heilerfolge aufzuweisen, wo andere Heilmittel versagten. Patente im In- und Auslande. Referenzen, Auskunft pp. brieflich kostenlos gegen doppeltes Rückporto.

Unser **Vertrauensarzt** erwartet Sie zur Untersuchung und genauesten Unterweisung in der Sprechstunde

Karlsruhe: Freitag, 7. November, vormittags 9—1, nachmittags 2—5, „Hotel Lutz" (am alten Bahnhof),
Rastatt: Samstag, 8. November, vormittags 9—1, „Bahnhofs-Hotel",
Baden-Baden: Samstag, 8. November, nachmittags 2—5, „Hotel Bock",
Kehl: Sonntag, 9. November, vormittags 10 bis 2, „Hotel Blume",
Pforzheim: Donnerstag, 13. November, vormittags 9—1, „Hansa-Hotel",
Bruchsal: Donnerstag, 13. November, nachmittags 3—6, „Bahnhofs-Hotel Friedrichshof".

„Hermes" Aerztliches Institut für orthopädische Bruchbehandlung G. m. b. H., **Hamburg, Esplanade 6.** 1884

Colosseum
Heute abend 8 Uhr:
Hollywood
Die große amerikanische Schau
2 Kapellen
6967

Badisches Landestheater
Dienstag, 4. Nov.
*G 6
Th.-Gem. 1201—1350
Neu einstudiert:
Die Bohème
Von Puccini
Dirigent: Schwarz
Regie: Prucha
Mitwirkende: Blank, Fischbach, Grötzinger, Hospach, Kalnbach, Rentwig, Oerner, Ritschl, Schoepflin, Arras, Kilian, Schäfer
Anfang 20 Uhr
Ende gegen 22½ Uhr
Preise C (1.00—7.00 ℳ)
1545

Mi. 5. 11. 2. Sinfonie-Konzert. Do. 6. 11. Advokat Patelin. Hierauf: Der Diener zweier Herren. Fr. 7. 11. Die Nibelungen 1. u. 2. Abt. Sa. 8. 11. Uraufführung: Die Liebesprobe. Hierauf: Neu einstudiert: Josephslegende. So. 9. 11.: Nachmittags: Die Jüdin. Abends: Die Bohème. Im Konzerthaus: Zum ersten Mal: Meine Schwester und ich. Mo. 10. 11. Die Nibelungen 1. u. 2. Abteil.

Meine Preise für

Mantel-, Kleider- und Seidenstoffe, Samt

sind auf einen Tiefstand abgebaut, die ohne Beispiel sind

Gewaltige Auswahl

erstklass. fehlerfreier Qual., vom einfachst. zum feinsten Genre

Nur ein **Spezialhaus** mit allerersten Bezugsquellen, geringsten Unkosten, **kann solche großen Vorteile bieten**

Waschsamt florfest, waschecht, lichtecht, mod. Muster, Meter **1.90 1.35** — **1.25**
Waschsamt Coeper-Qualität, florfest, waschecht, entzück. Muster Mtr. **1.90** — **1.50**
Samt Coeper-Qualität, aparte Neuheit. Mtr. **6.90** — **4.75**
Chiffon-Samt für elegante Kleider . Meter — **2.60**
Manteistoffe 140/150, für prakt. Sportmäntel Meter **4.50 3.90** — **2.90**
Seal-Plüsche 130 breit, wetterfest, druckfest . . . . . Meter — **12.00**
Kleiderstoffe 90 breit, Strapazier-Qualität Meter **2.50 1.65** — **0.95**

5% Auf alle nicht ermäßigten Artikel **5%**

Spezialhaus Otto Lewin
Karlsruhe, Karl-Friedrich-Str. 28 (Friedrichshof)
Dem Warenkaufabkommen der Bad. Beamtenbank angeschlossen
6981

Städtische Festhalle

Gesangverein „Badenia"
Am **Samstag, den 8. November** pünktlich 20 Uhr

59. Stiftungs-Konzert

mit anschließendem

Ball

unter Mitwirkung der Kammermusikvereinigung des Landestheaterorchesters Karlsruhe. — Herren: N. Schnarr, Flöte; W. Mayer, Oboe; B. Sienknecht, Klarinette; O. Hinze, Horn; O. Somann Fagott.
Leitung der Chöre:
Ehren-Chormeister Studienrat Ludwig Baumann.

1. Teil: Zeitgenössische Komponisten
2. Teil: Konradin Kreutzer, geb. 22. 11. 1780

Eintritt für Nicht-Mitglieder. Einheitspreis auf allen Plätzen 1.— RM. einschl. Programm und Steuer.
Von 22 Uhr bis bestimmt 3 Uhr **BALL.** Musikverein Karlsruhe. Tanzkarten für Nichtmitglieder 1.— RM.
Karten erhältlich in den Vorverkaufsstellen und an der Abendkasse. — Heute Dienstag Abend 20 Uhr nochmals Kartenverkauf für Mitglieder im Vereinslokal: Alte Brauerei Kammerer. 6976

Gesangverein „Freundschaft" Karlsruhe

Festkonzert

zur Feier des 60jährigen Bestehens 6984

Samstag, 8. November 1930, 20 Uhr, im oberen Saale des Restaurants „Friedrichshof". Anschließend **Ball**

Mitwirkende: Lucie Schöninger-Daul, Sopran; Willi Eder, Cello und am Flügel. Männerchor des Vereins
Leitung: Chormeister Arno Durst

Eintritt 1.30 einschl. Festbuch **Ende 3 Uhr**

Der Vorstand.

1-Zimmer-Wohnung
mit Küche und Keller von jungem, kinderl. Ehepaar **zu mieten gesucht.** Offerten unter **J. R.** an das Volksfreundbüro.

Zimmer, leer od. möbl., m. Küchenbenütz. z. verm. **Scheffelstr. 35,** 5. Stock Anzus. v. 1—8 Uhr abds.

Weißstickerin
empfiehlt sich im Sticken Waldhornstr. 21, Krieg.

Frau sucht **Beschäftigung** gleich welcher Art. Angeb. unt. Nr. 6978 an das Volksfreundbüro.

Frisiertoiletten
eiche, mit Glasplatten, 65 RM. **Huber,** Möbellager, Waldstr. 28. 6970

Frack-, Smoking-, Gehrock-Anzüge
verleiht 6975
Franz Heck, Gartenstr. 7

Lagerplatz
an günstiger Zufahrtsstraße, mindestens 10 Ar, Stadtnähe Karlsruhe oder Durlach billig zu **kaufen gesucht.** 6984
R. Stoll, Karlsruhe
Enzstr. 29, Telef. 7617

Strümpfe
werden angestrickt
Alte Stricksachen
umgearbeitet
Neuanfertigungen bill.
Hirschstr. 25, 3, Hof.

Kinderwagen gut erh., billig abzugeb. W1228 Schloßbez. 12, b. Grether

---

Vertreter(innen)
für **guten** Artikel gesucht. Fleißige Damen und Herren können sich in kurzer Zeit einen dauernden Kundenkreis und Verdienst sichern. Angebote unter Nr. 6972 an das Volksfreundbüro.

Billige Preise erhöhen die Kaufkraft!

Zimmeröfen in allen Ausführungen von Mk. **18.-** n.
Gasherde m. Backofen Mk. **130.- 98.-** **95.-**
Kohlenherde mit Nickelschiff Mk. **121.- 110.-** **95.-**

Größte Auswahl!
Bequemste Zahlungsbedingungen

Ph. Nagel
Kaiserstr. 55/59 6985

Lohnender Dauer-Verdienst
für Jedermann. Muster im Vollwert von Mark 2.50 gegen Voreinsendung oder Nachnahme.
A. Schäuble, Karlsruhe i. B.
Humboldtstraße 3a
6979 Postfach 8

Haus der Gesundheit Karlsruhe
Karl-Wilhelmstr. 1
Mittwoch, 5. Nov., abends 8 Uhr
Beginn eines 6086
Bastel-Kurses
zur Selbstanfertigung von **Kinderspielzeug**
Anmeldungen: Karl-Wilhelm-Straße 1 Telephon 6580

Einer von den Vielen, den der „Neue-Welt-Kalender" 1931 gepackt hat. Kein Wunder, denn Du findest darin Beiträge, die von der ersten bis zur letzten Seite fesseln, unter anderm: „Wurfleisch", von Jack London — „Sohn einer Hündin" von Walther Kundt — „Lebenslängliche" von Lenka v. Koerber — „Die Sommerbräune" von N. Karpow — Wilhelminische Welle", von Hans Harbeck — „Die politische", von Kaspar Hauser — „Hatschi", von André Birabeau — „Adem letzte Wanderungen", von Friedrich Wallisch und andere Erzählungen. Außerdem Beiträge über: Erste Hilfeleistung — Kennzeichen für Kraftfahrzeuge — Wenn Du eine Geflügelfarm gründen willst — Der Stand der gesetzlichen Sozialversicherung — natürlich auch den Träch- und Ebbe- und Flut-Tabelle — Kalendarium — Messen- und Märkteverzeichnis für das Reich — Tabelle der Postgebühren usw.

Außerdem kannst Du Dich am großen Preis-Ausschreiben beteiligen. Die Bedingungen sind auf Seite 85 und 84 im „Neue-Welt-Kalender" 1931 veröffentlicht. Die Teilnahme ist mit keinerlei Kosten oder Verpflichtungen verknüpft. **Preis nur 50 Pfennig**

Zu beziehen:
Volksfreund-Buchhandlung
Karlsruhe / Baden, Waldstr. 28, Tel. 7020/21

Durlacher Anzeigen

Feuerschau.

In den nächsten Tagen wird in denjenigen Häusern, bei denen anläßlich der Baufeuerschau sich Beanstandungen ergeben haben, eine Nachschau vorgenommen.

Die in Frage kommenden Hausbesitzer und Hausbewohner werden hiervon mit dem Anfügen in Kenntnis gesetzt, daß sie dem Feuerschauer den Eintritt in das Haus und die Besichtigung der Hausräume zu gestatten haben.

Durlach, den 31. Oktober 1930.

Der Oberbürgermeister

Rastatter Anzeigen

Volksküche.

Der Betrieb der städt. Volksküche wird **Dienstag, den 11. November ds. Js.** in den bisherigen Räumen wieder eröffnet. Tägliche Essenszeit von 11—13 Uhr mittags. An Sonn- und Feiertagen bleibt die Küche geschlossen. Die Preise sind unverändert wie im Vorjahre. **Anmeldungen** werden **Donnerstag, den 6. und Freitag, den 7. November ds. Js., jeweils nachmittags von 4—6 Uhr** in der Volksküche entgegengenommen. Nur wer sich vorher gemeldet hat, kann auf die Abgabe von Essen rechnen.

Rastatt, den 31. Oktober 1930.

Das Bürgermeisteramt